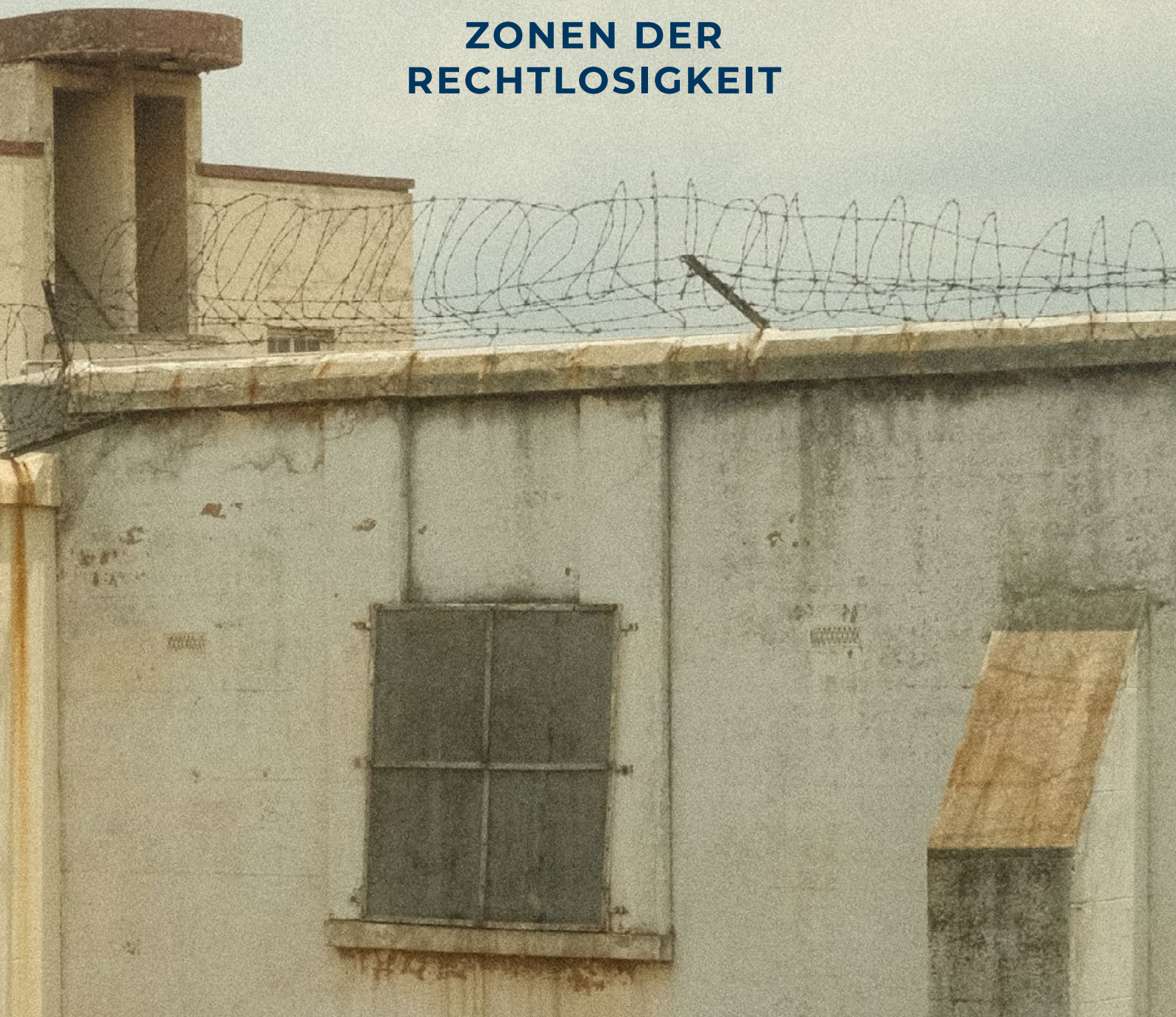
borderline-europe

STREIFLICHT ITALIEN

ZONEN DER RECHTLOSIGKEIT



INHALT

EINLEITUNG
Seite 3 — 5

1. Kapitel

**SCHUTZLOS ÜBERLEBEN
AUS DEM ALLTAG VON FLÜCHTENDEN IN LIBYEN
OHNE PAPIERE, RECHTE UND SICHERHEIT**
Seite 6 — 11

2. Kapitel

**DAS PARADIGMA DER SCHULD
DIE LEBENSSITUATION VON MIGRANT*INNEN UND
GEFLÜCHTETEN IN POSTFASCHISTISCHEN ZEITEN**
Seite 12 — 18

3. Kapitel

**ZWISCHEN AUSBEUTUNG UND ZUFLUCHT:
DIE LEBENSREALITÄT MIGRANTISCHER ERNTHELFER*INNEN
IM EHEMALIGEN CAMP VON CAMPOBELLO DI MAZARA**
Seite 19 — 24

4. Kapitel

**RECHTLOSIGKEIT
AN ITALIENS NORDGRENZEN**
Seite 25 — 31

IMPRESSUM
Seite 32

EINLEITUNG

Kristina Di Bella

Am 08. Juni 2023 beschlossen die europäischen Innenminister*innen in Brüssel die Durchsetzung neuer menschenfeindlicher Schritte zur Migrationsabwehr im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Die Pläne sind das Ergebnis langer Prozesse und einer kontinuierlichen Reformierung der europäischen Migrationspolitik. Vorallem sollen damit die Vorschläge aus dem Asylpaket von September 2020 endgültig in die Tat umgesetzt werden. Konkret bedeutet das, dass die bereits etablierte Hotspotpolitik, die Flüchtende in zwei Klassen teilt, weiter ausgebaut werden soll. Menschen werden an den Außengrenzen in Massen zusammengepfercht, damit im Schnellverfahren ohne gründliche individuelle Überprüfung entschieden werden kann, ob sie einen Anspruch auf Asyl in Europa haben oder nicht. Des Weiteren wird auf die zunehmende digitale Erfassung und Kontrolle von Personen und die gewaltsame Abschiebung in Herkunftsländer gesetzt. Das übergeordnete Ziel ist die Bekämpfung der Migration, oder besser gesagt, die Bekämpfung von Schutzsuchenden.

Hinzu kommt eine wieder lebendig gewordene Debatte um die Aktivierung der sogenannten “Instrumentalisierungsverordnung”, ein beschönigender Begriff für den Versuch, menschenfeindliche Pushbacks zu legalisieren, Verlängerung von Grenzverfahren, massive Absenkungsstandards in der Aufnahme und Unterbringung sowie Gewaltanwendung gegenüber Schutzsuchenden zu legitimieren. Die Folge dieser politischen Tendenzen ist eine schrittweise Aushebung jeglicher Menschenrechte. Das Recht Asyl zu beantragen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Sicherheit oder das Recht auf Privatsphäre sind nur einige der Grundrechte, die die EU Menschen auf der Flucht verwehrt und sie somit faktisch rechtlos macht.

Rechtlosigkeit beschreibt hier den Zustand, in dem Menschen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Aufenthaltsstatus‘ von grundlegenden Rechten und Schutzmechanismen ausgeschlossen sind. Sie betrifft vor allem Migrant*innen, die sich in einem fremden Land befinden, in dem sie keine Bürgerrechte genießen oder nicht über die notwendigen Papiere verfügen, um ihren Status zu legitimieren. Obwohl die Menschenrechte – und insbesondere Rechte von Schutzsuchen – völkerrechtlich anerkannt sind, werden diese de facto von den einzelnen Staaten angegriffen. Keine überstaatliche Institution

wacht darüber und setzt diese Rechte durch, sodass Migrant*innen letztendlich der Willkür dieser Staaten ausgesetzt sind und sich in Zonen der Rechtlosigkeit bewegen.

Nur durch den kollektiven Widerstand kann diesen groben Verletzungen etwas entgegen gesetzt werden. In aller erster Linie sind es die Betroffenen selbst, die sich aktiv widersetzen und protestieren und die Durchsetzung ihrer Rechte einfordern. Ein Beispiel für den unermüdlichen und mutigen Protest wird im ersten Kapitel dieses Magazins behandelt. Die Aktivist*innen des selbstorganisierten Netzwerks “Refugees in Libya”, erheben seit Monaten ihre Stimmen und fordern unter Gefahr für Leib und Leben ihr Recht auf Sicherheit und eine Evakuierung aus dem, vom Bürger*innenkrieg heimgesuchten, Libyen. Sie hoffen auf das Versprechen, dass die EU ihnen gegeben hat: ein Ort zu sein, an dem die Menschenwürde gewahrt und Menschenrechte respektiert werden.

Aber auch diejenigen, die es schaffen, sich den europäischen Abschottungsversuchen zu widersetzen und trotz brutaler Pullbacks durch z.B. die libysche Küstenwache und durch weitere Externalisierungsversuche der EU europäisches Festland erreichen, können sich keineswegs auf die Einhaltung ihrer Rechte verlassen. Spätestens im italienischen Erstaufnahmesystem wird der Traum Europa zum Alptraum. Überfüllte Lager ohne Hygienestandards oder Zugang zu medizinischer Grundversorgung sind die traurige Realität der “Accoglienza” (Aufnahme) von Geflüchteten in Italien. Immer weitere neue Gesetze der postfaschistischen italienischen Regierung kriminalisieren Geflüchtete wie auch Unterstützer*innen und engen die Spielräume des täglichen Lebens massiv ein. Darüber sprechen wir im zweiten Kapitel dieses Magazins.

Einige bevorzugen es deshalb, sich auf eigene Faust durchzuschlagen, doch als illegalisierte, undokumentierte Personen sind die Möglichkeiten vor allem im Süden des Landes begrenzt. Viele versuchen sich deshalb durch prekäre Gelegenheitsjobs und Saisonarbeit über Wasser zu halten. Nicht selten entstehen aus den temporären Zeltlagern dauerhafte Camps, in denen sich Personen in Abwesenheit von Alternativen niederlassen. Eines davon ist Campobello di Mazara auf Sizilien, wo sich jeden Herbst die Arbeiter*innen zur Olivenernte einfinden. Mit den Jahren ist aus der zunächst zweckmäßigen Übergangslösung für viele ein Zuhause geworden, jedenfalls solange, bis die italienischen Behörden gewaltsam intervenierten. Das dritte Kapitel erzählt nicht nur von der prekären Wohnsituation in Süditalien, sondern auch von der massiven Ausbeutung, die die Saisonarbeiter*innen und viele weitere migrantische Arbeitskräfte tagtäglich erleben.

Obwohl sie bedeutende, gar existenzielle Beiträge für die europäische Wirtschaft und Kultur leisten, setzt die EU alles daran Geflüchtete und Migrant*innen zurückzudrängen und vom Rechtssystem auszuschließen – schließlich baut der gesellschaftliche Reichtum im Kapitalismus auf die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte auf. Keineswegs beschränkt sich die Marginalisierung und Diskriminierung von Migrant*innen jedoch auf den Süden Italiens. Auch im Norden des Landes, finden systematische Menschenrechtsverletzungen statt. Die Pushbacks an der italienisch-slowenischen, und italienisch-französischen Grenze beispielsweise zwingen Flüchtende dazu, immer gefährlichere Wege zu suchen. Das letzte Kapitel handelt von der Situation im Norden Italiens, einer weiteren Zone der Rechtlosigkeit.

Der Status von Migrant*innen wirft demnach grundlegende Fragen bezüglich der Menschenrechte und der Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit auf, auf denen demokratische Gesellschaften angeblich aufbauen. Das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit, auf Schutz vor Folter und Misshandlung sowie das Recht auf gleichen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung sind grundlegende Menschenrechte, die allen Menschen zustehen sollten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Die EU wendet nicht nur den Blick ab, wenn diese missachtet werden, sondern hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend zu einem aktiven Komplizen fundamentaler Rechtsbrüche gemacht und dabei Zonen der Rechtlosigkeit geschaffen, in denen eine tiefgehende und strukturelle Missachtung der Menschenwürde und der völkerrechtlichen Verpflichtungen gibt.

ÜBER DIE AUTOR*INNEN

Theresa Becker ist Sozialarbeiterin und Aktivistin. Über ihre Masterforschung zu den Handlungsspielräumen ziviler Seenotrettung ist sie in Kontakt mit borderline-europe in Palermo gekommen. Gemeinsam mit Solidarity with Refugees in Libya und borderline-europe engagiert sie sich für die Einhaltung von Menschenrechten und das Recht auf Bewegungsfreiheit.

Beatrice Berghi stammt aus der Region Trento und interessiert sich für die Themenbereiche Migrationspolitik und Menschenrechte. Für borderline-europe hat sie zu den Grenzen in Norditalien und der Situation von Geflüchteten vor Ort recherchiert.

Kristina Di Bella arbeitet für borderline-europe auf Sizilien mit einem Schwerpunkt auf Anti-Kriminalisierungs und Öffentlichkeitsarbeit.

Marah Frech arbeitet seit 2109 ehrenamtlich als Autorin für borderline-europe. Hauptamtlich ist sie in der Geschäftsführung von Connection e.V. beschäftigt, einem politischen Verein, der international zu Kriegsdienstverweigerung und Antimilitarismus arbeitet.

Giulia Gianguzza ist Sozialarbeiterin und Beraterin im Verein Arci Porco Rosso in Palermo, der eine Anlaufstelle zur soziolegalen Beratung für undokumentierte Geflüchtete betreibt.

Judith Gleitze ist Mitgründerin von borderline-europe. Seit 2009 lebt und arbeitet sie für den Verein in Sizilien.

Sarah Spasiano promoviert zum Thema zivile Seenotrettung. Außerdem setzt sie sich aktivistisch bei borderline-europe und “Solidarity with Refugees” in Libya für Menschenrechte und Bewegungsfreiheit ein.

SCHUTZLOS ÜBERLEBEN

AUS DEM ALLTAG VON FLÜCHTENDEN IN LIBYEN OHNE PAPIERE, RECHTE UND SICHERHEIT

Theresa Becker & Sarah Spasiano

Hinweis: Dieser Text enthält Inhalte, die einige Personen möglicherweise als verstörend oder belastend empfinden können [(sexuelle) Gewalt, Folter, Tod].

Bild: © UNFAIR Agency | Proteste am 9.10.2022 in Genf

„Als Refugee[1] [in Libyen] bin ich ständig in Gefahr. Ich kann jeden Moment verhaftet werden. Ich kann mich nicht frei bewegen, mir fehlen die Grundlagen des alltäglichen Lebens." – Ben London

Das Leben von Flüchtenden in Libyen ist auf extreme Weise durch Rechtlosigkeit bestimmt. Ein Alltag ist kaum möglich für die hunderttausenden Menschen auf der Flucht, die versuchen, in dieser Situation extremer Rechtlosigkeit zu überleben – fast alle erfahren dabei physische und psychische Gewalt sowie die strukturelle Gewalt, die Rechtlosigkeit bedeutet. Manche überleben nicht. Libyen ist ein Nadelöhr, in das flüchtende Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern geraten. Insbesondere aus dem Sudan und Südsudan, Eritrea und Somalia führt die Flucht meist durch Libyen. Die geographische Lage am zentralen Mittelmeer, aber auch die chaotischen Zustände des dort herrschenden Bürger*innenkriegs, machen Libyen zu einer der wenigen verbliebenen Möglichkeiten für den Transit nach Europa. Grund dafür sind nicht zuletzt Abkommen der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit anderen nordafrikanischen Staaten, die Flüchtenden kaum andere Möglichkeiten lassen, als den Weg durch Libyen zu wählen.

Europa trägt also nicht nur eine abstrakte moralische Verantwortung dafür, dass Schutzsuchende nur ein paar hundert Kilometer vor europäischen Küsten getötet, gefoltert, unrechtmäßig inhaftiert und vergewaltigt werden – Europa hat dazu beigetragen, diese Situation herzustellen und hält sie durch finanzielle Unterstützung und neue Abkommen weiter aufrecht.

Bis vor einigen Jahren war Libyen nicht nur Transit-, sondern auch Zielland für Schutzsuchende. In der zu großen Teilen auf Ölvorkommen aufgebauten libyschen Wirtschaft fanden sich unter der zwar menschenverachtenden doch stabilen Diktatur Gaddafis einige Nischen, in denen Migrant*innen ein Einkommen finden konnten. Nach den MENA[2]-Aufständen von 2011 und dem Sturz des Diktators Gaddafi äußerten sich die Not und Unsicherheit im Bürger*innenkrieg immer öfter in Gewalt und Ausbeutung der migrantischen Arbeiter*innen. Finanzielle Profite erzielen durch diese Ausbeutung Schutzsuchender vor allem Milizen und die beiden konkurrierenden Regierungen in Libyen. Diese erhalten darüber hinaus noch Zahlungen aus Europa, die für den 'Grenzschutz' verwendet werden sollen. Dahinter verbirgt sich der europäische Ansatz der Verhinderung von Migration mit allen Mitteln. Der Handel mit schutzsuchenden Menschen bringt im aktuellen System also zumeist einen doppelten Gewinn.[3]

Anti-Schwarzer Rassismus in Libyen

Anti-Schwarzer und struktureller Rassismus blicken in Libyen auf eine lange Geschichte zurück. Bereits im siebten Jahrhundert wurden Menschen aus Ländern südlich der Sahara in den arabischen Raum verschleppt, um dort zu arbeiten. Der Sklav*innenhandel etablierte sich gesellschaftlich und wurde erst Mitte des 19. Jahrhunderts offiziell abgeschafft. Bis heute überdauert ein Überlegenheitsgefühl gegenüber Schwarzen Menschen in bestimmten Gesellschaftsschichten Libyens. Auch weit vor der Bürger*innenkriegszeit kam es dort zu rassistischen Ausschreitungen. Im Rahmen der MENA-Aufstände 2011 eskalierte die Gewalt erneut. Es entstand das bisher unbestätigte Gerücht, Gaddafi lasse Söldner aus Mali, Tschad und Niger für sich kämpfen. Libysche Milizen begannen eine regelrechte Hetzjagd auf Schwarze Migrant*innen im ganzen Land und töteten Hunderte von ihnen.[4]

All das konnte auch dadurch passieren, dass das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in Libyen, UNHCR,

1 Den Begriff ‚Flüchtling' vermeiden wir in der Übersetzung wörtlicher Zitate aufgrund seiner abwertenden Konnotation. Trotzdem beinhaltet die Bezeichnung einen wichtigen rechtlichen Schutzstatus, der in den Bezeichnungen ‚Flüchtende' oder ‚Geflüchtete' fehlt. Um die Rechtlosigkeit, die Schutzsuchende in Libyen erleben, nicht sprachlich zu reproduzieren, haben wir uns daher für den englischen Rechtsbegriff ‚Refugee' entschieden. Der Begriff ‚Flüchtling' wird nur in seiner Funktion als Bezeichnung des rechtlichen Status verwendet.

2 Der Begriff MENA steht für 'Middle East and Northern Africa'. Die MENA-Region umfasst somit Staaten im Nahen Osten und Nordafrika.

3 https://www.iz3w.org/artikel/libyen-gefluechtete-transit-menschenrechte

4 https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/libyen/dok/2020/fluechtlinge-und-migrantinnen-im-teufelskreis-gefangen/libya-report-between-life-and-death.pdf und https://www.spiegel.de/ politik/ausland/libyen-sklavenmaerkte-das-erbe-des-arabischen-rassismus-a-1181801.html

gegenüber dem Zusammenschluss von EU und libyschen Milizen fast handlungsunfähig ist. Immer wieder werden Kompromisse auf Kosten des Schutzes von Geflüchteten gemacht – beispielsweise als der UNHCR die Bedingung der international anerkannten Regierung in Tripolis akzeptierte, nur Personen mit neun ausgewählten Nationalitäten als Schutzsuchende anzuerkennen.[5] Alle Angehörigen anderer Nationalitäten sind von vorn herein von der Beantragung internationalen Schutzes in Libyen ausgeschlossen.

Gegen diese schwer erträglichen Kompromisse des UNHCR und die Unfähigkeit, Schutzsuchenden Schutz zu bieten, protestieren Tausende Betroffene seit 2021. Die daraus entstandene selbstorganisierte Protestbewegung "Refugees in Libya" fordert die Anerkennung der Rechte Schutzsuchender, die Evakuierung aus unmenschlichen Lebensbedingungen, ein Ende der willkürlichen Inhaftierungen und die sofortige Einstellung von europäischer Finanzierung für libysche Milizen wie die sogenannte Küstenwache. Wir haben mit Ben London, einem Aktivisten der "Refugees in Libya", über Rechtlosigkeit in seinem Alltag dort gesprochen.[6]

„Zunächst einmal erkennen die libyschen Behörden die Dokumente nicht an, die der UNHCR ausstellt, sodass ich als Refugee immer in Gefahr bin. Ich kann jeden Moment verhaftet werden. Ich kann mich nicht frei bewegen. Mir fehlen die Grundlagen des alltäglichen Lebens. Humanitäre Organisationen sind nichts als Namen. Deshalb brauchen Schutzsuchende in Libyen wegen der schwierigen Bedingungen, unter denen sie dort leben, oft psychologische Betreuung." Diese dringend benötigte psychologische Betreuung für Opfer von Folter, Gewalt und extremen Lebensbedingungen steht Flüchtenden in Libyen allerdings nicht zur Verfügung, genauso wenig wie sonstige ärztliche Betreuung – auch das ist eine Auswirkung der Rechtlosigkeit.

Ben spricht weiter über die Rolle des UNHCR, der die Hoffnungen, die viele Flüchtende in ihn setzen immer wieder enttäuscht: „Der UNHCR hat seine Pflichten gegenüber uns Refugees nicht erfüllt. Nach jedem Vorfall, bei dem die Rechte der Refugees verletzt wurden, stellt sich der UNHCR nicht auf die Seite der Refugees, sondern stattdessen auf die Seite der libyschen Behörden, einer Gruppe von Milizen." Diese Kritik ist der Ausgangspunkt der Proteste der "Refugees in Libya", die fordern, dass der UNHCR sein Mandat des Flüchtlingsschutzes endlich ernst nehmen solle.

Auf die Frage, wie es sich anfühle, in den beschriebenen Lebensumständen zu leben, antwortete Ben: „Ich werde behandelt, als wäre ich ein Tier. Ich kann nicht leben wie ein normaler Mensch. Ich werde ständig verfolgt. Deshalb bin ich ausgeschlossen von täglichen menschlichen Aktivitäten und kann keine Arbeit aufnehmen. Ich habe das Gefühl, dass ich am Ende bin, weil ich kein normales Leben führen kann. Ich lebe in einem Albtraum, einem ständigen Kampf um einen sicheren Zufluchtsort, einer Todesreise. Aber wir sind noch nicht tot. Wir sind am Leben, doch unsere Körper und unser Geist sind erfüllt von Horror und Panik."

Bild: ©Yambio David | Menschen halten beim "Refugees in Libya"-Protest in Tripolis ihre UNHCR-Papiere in die Kamera, die sie nicht vor Gewalt und Ausbeutung schützen.

Ben gibt dann ein alltagspraktisches Beispiel davon, wie sich die Rechtlosigkeit auf eine Taxifahrt auswirkt: „Man muss viel Geld bezahlen, damit der Taxifahrer solche Straßen nimmt, in denen es keine Kontrollpunkte von Milizen gibt. Aber wenn man den direkten Weg nimmt, werden sie einen von der Straße holen, manchmal nehmen sie dir alles weg, was du hast, und manchmal wirst du verhaftet."

Unter den Schutzsuchenden in Libyen sind Personen mit unterschiedlichen Papieren: Manche besitzen noch den Pass ihres Herkunftslandes, andere sind staatenlos oder haben ein Dokument des UNHCR, das sie als Flüchtling oder "Person of concern to UNHCR"[7] ausweist. Ben erklärt, warum diese Unterschiede im libyschen Alltag kaum eine Rolle spielen: „Nicht alle Migrant*innen haben Papiere. Es gibt Leute, die vom UNHCR anerkannt werden und solche, die nicht anerkannt werden. Es gibt Menschen, die aufgrund von Hungersnöten und klimatischen Bedingungen migriert sind und diejenigen, die vor Kriegen, Genoziden und Verfolgung geflohen sind. Einige von uns sind Arbeitsmigrant*innen, andere suchen nach einem sicheren Hafen. Auch für die, die aus wirtschaftlichen Gründen hier sind, gibt es keine Aufenthaltserlaubnis von den libyschen Behörden. Selbst wenn ein*e Migrant*in einen Pass hat, kann er*sie verhaftet werden. So ist hier das System des Menschenhandels entstanden. Menschen werden verhaftet, damit sie Geld zahlen."

5 https://www.refworld.org/docid/5f1edee24.html

6 Wörtliche Zitate wurden durch die Autorinnen auf Deutsch übersetzt.

7 Person von Bedeutung für den UNHCR

Haftlager

„Die Situation in den Milizengefängnissen in Libyen ist die Hölle. Mord, Vergewaltigung, Hunger, Hautkrankheiten, untrinkbares Wasser, Schläge, überfüllte Haftanstalten." – Ben London

Wenn Libyen immer wieder von Überlebenden als 'Hölle' bezeichnet wird, ist damit meist konkret die Situation in den libyschen Haftlagern gemeint. Offiziell heißen diese "Detention Center" – ein beschönigendes Wort für Gefängnisse, die immer wieder mit Konzentrationslagern[8] verglichen werden. Hier werden Schutzsuchende systematisch ohne Urteil, ohne Aussicht auf Freilassung und vor allem ohne Verbrechen inhaftiert. Wie viele Menschen sich in libyschen Haftlagern befinden, ist nicht abzuschätzen. Zahlen aus den Medien schwanken zwischen 5000[9] und 8600 Personen.[10] Das ist aber wahrscheinlich, so António Vitorino, Generaldirektor von IOM, nur "die Spitze des Eisbergs". Nur ein Teil der Haftlager wird nämlich von der Regierung betrieben. Der Rest sind inoffizielle Camps, die von Milizen oder sogar Privatpersonen betrieben werden. Hier stellt sich vielleicht die Frage, warum sich Milizen und Kriminelle überhaupt die Mühe machen, illegale Haftlager einzurichten: über Erpressungen und Lösegeldforderungen an die Angehörigen lässt sich viel Geld verdienen. Wo das nicht funktioniert, drohen den Flüchtenden Menschenhandel und Sklav*innenarbeit oder die Zwangsrekrutierung für Konfliktparteien des Bürger*innenkriegs.

In den Haftlagern der Regierung sind meist Personen inhaftiert, die beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, von der sogenannten libyschen Küstenwache abgefangen werden. Genau hier liegt auch die direkte europäische Verantwortung für die willkürliche Inhaftierung und ihren Folgen für Schutzsuchende: die Milizen, die sich zur sogenannten libyschen Küstenwache formiert haben, wären ohne die Gelder, die Ausstattung und die Trainings der EU längst nicht so handlungsfähig und effektiv im Abfangen und der Rückführung von Flüchtenden wie sie es mit der europäischen 'Unterstützung' sind. Flüchtende werden aus diesen vulnerablen und traumatisierenden Situationen meist direkt in Haftlager gebracht, wo sie auf unbestimmte Zeit festgehalten werden.

Ben berichtet auch über diese Haftanstalten: „Es gibt Berichte von humanitären Organisationen, wie der Internationalen

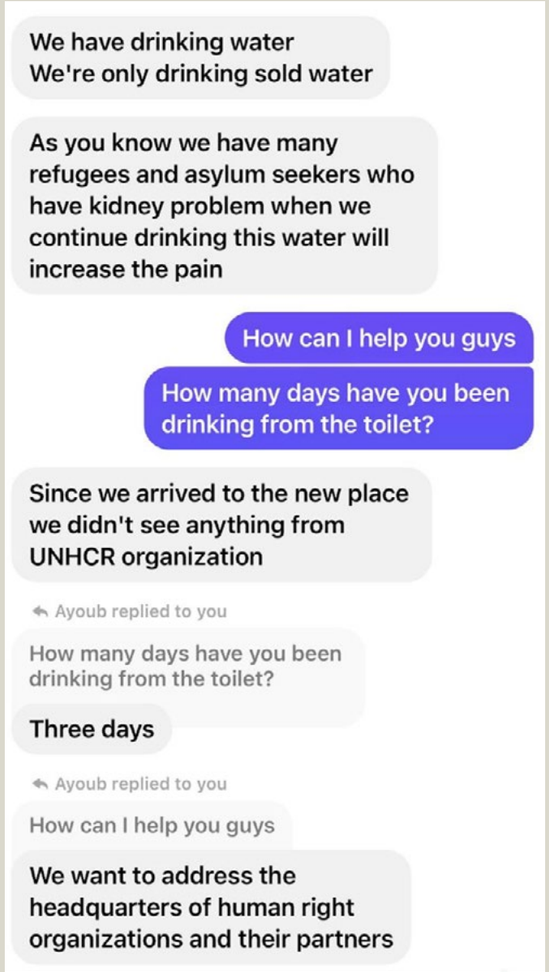


Bild: ©Yambio David | Inhaftierte trinken Wasser aus Toiletten. | Nachrichten gesendet von Inhaftierten aus dem Ain-Zara Haftlager in Tripolis, Libyen.

8 https://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-kz-aehnliche-verhaeltnisse-fuer-fluechtlinge-laut-bericht-beklagt-a-1132184.html

9 https://www.africanews.com/2023/03/09/around-5000-migrants-in-libyan-detention-centres-not-counting-unofficial-centres-iom/

10 https://www.globaldetentionproject.org/countries/africa/libya

Organisation für Migration, Menschenrechtsorganisationen und den Vereinten Nationen, über die Situation in den Gefängnissen der Milizen in Libyen. Ich bin ein Refugee, ein Opfer und ein Refugee-Aktivist in Libyen. Nach mehreren Gesprächen mit den Opfern und einer sorgfältigen Untersuchung der Bedingungen in den Gefängnissen kann ich sagen, dass ihre Berichte ungenau sind. Denn wenn sie die Gefängnisse besuchen, holen sie die Erlaubnis der Gefängnisverwaltung ein. Die Milizen besitzen geheime Gefängnisse innerhalb der Gefängnisse. Bevor die Organisationen dorthin gehen, transportieren die Milizen die Kranken und Verletzten in geheime Gefängnisse und lassen nur eine kleine Anzahl sichtbar zurück. Daher untersuchen sie nur einen Teil der Situation fernab der Tatsachen."

Doch auch wenn Menschenrechtsbeobachter*innen nur ein geschöntes Bild der Haftlager zu sehen bekommen, kommt Katja Müller-Fahlbusch, Expertin für die Region Naher Osten und Nordafrika bei Amnesty Deutschland, bereits 2021 zu einem fatalen Schluss: „Die neuen Recherchen von Amnesty International zeigen, dass Geflüchtete dort willkürlich in Haft genommen und systematisch Folter, sexualisierter Gewalt, Zwangsarbeit und anderer Ausbeutung ausgesetzt werden."[11]

Diese Tatsache der geschönten Bilder zeigt einmal mehr, wie wichtig Bens Arbeit als Aktivist vor Ort ist. Ben führt Interviews mit den Menschen, die aus Haftlagern fliehen oder entlassen werden: „Die Migrant*innen in den Haftlagern müssen die Verstöße so gut wie möglich dokumentieren, obwohl das sehr schwierig ist und Telefone in den Gefängnissen verboten sind – außer für die, die sich bereit erklären, Geld zu zahlen. Sie stehen dann vor den Milizen und sprechen mit ihrer Familie über das Lösegeld und einen Übergabeort. Nach ihrer Freilassung können sie detailreiche Geschichten erzählen und Erkenntnisse liefern."

„Was mit den Kindern in den Gefängnissen geschieht, das kann nicht einmal der Teufel tun." – Ben London

In den Haftanstalten von Regierungen und Milizen werden nicht nur Erwachsene inhaftiert. Auch Kinder und Jugendliche sind alltäglich mit willkürlichen Inhaftierungen konfrontiert. Auch sie landen zumeist dort, nachdem die Überfahrt über das Mittelmeer gescheitert ist. Es sind allerdings auch Fälle bekannt, in denen Kinder willkürlich inhaftiert werden, nachdem sie auf der Straße aufgegriffen wurden. Ben beschreibt, was Kinder in den Haftanstalten erleben müssen: „Migrierte Kinder haben keine eigenen Gefängnisse, sie werden zusammen mit erwachsenen Migrant*innen verhaftet. Diese werden getötet oder vor den Augen ihrer Kinder vergewaltigt."

Auf die Frage danach, was wir Europäer*innen tun können, um uns mit den Inhaftierten bei ihrem Kampf um Menschenrechte zu solidarisieren, findet Ben klare Worte: „Die Menschen außerhalb der Gefängnisse in Libyen müssen Informationen an die Menschen außerhalb Libyens weitergeben, um deren Stimmen zu verstärken. Die Menschen außerhalb Libyens, in Europa, müssen die Informationen an zivilgesellschaftliche Organisationen weitergeben. Auch müssen sie vor den libyschen Botschaften in den europäischen Ländern protestieren und die Informationen dokumentieren und nach Genf bringen. Und Druck auf den UNHCR ausüben, damit sie ihre Pflicht gegenüber den Refugees erfüllen. Und friedliche Demonstrationen vor dem Hauptsitz der EU, um die Unterstützung der Milizen in Libyen zu beenden."

11 https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/libyen-migration-menschenrechtsverletzungen-haftzentren

Von Libyen aus betrachtet verspricht Europa Schutz, Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit, in der sich viele Schutzsuchende ein neues Leben aufbauen möchten. Europa ist für viele der einzig mögliche Ausweg aus der Hölle, als die Flüchtende Libyen erleben. Um nach Europa zu gelangen, setzen sie viel aufs Spiel: Sie riskieren ihr Leben, bezahlen viel Geld, setzen sich tagelang in seeuntaugliche Schlauch- oder Holzboote. Viele überleben diesen Versuch nicht. Doch nicht nur das Meer und das Wetter sind eine Gefahr bei der Überfahrt: Die sogenannte libysche Küstenwache gewinnt durch immer bessere Ausstattung und Finanzierung aus Europa immer mehr Kontrolle über die maritime Fluchtroute. Die Rechtlosigkeit, die Flüchtende in Libyen erfahren, breitet sich damit immer mehr ins Mittelmeer aus, schwappt bis in internationale Gewässer, erweitert sich zu einer Rechtlosigkeit auf hoher See. Viele Flüchtende wollen lieber auf dem Meer sterben als zurück nach Libyen zu gehen[12] und doch wurde 2022 gut ein Drittel aller Boote abgefangen und die Menschen in Libyen wurden (wieder) inhaftiert. Für die, die es schaffen, geht jedoch häufig der Traum eines Lebens in Sicherheit auch nicht in Erfüllung. Denn Rechtlosigkeit ist längst kein Problem des Globalen Südens. Rechtlosigkeit ist eine europäische Errungenschaft.

Ben London dokumentiert seine aktivistische Arbeit in seinem Twitter Account @Benlondon70. Hier gibt es regelmäßige Informationen, Bilder und Erfahrungsberichte aus dem Alltag von Flüchtenden in Libyen ohne Papiere, Rechte und Sicherheit.

Bild: © UNFAIR Agency | Proteste am 9.10.2022 in Genf

12 https://ocean-crime.podigee.io/25-wenn-die-seenotrettung-illegal-ist

DAS PARADIGMA DER SCHULD

DIE LEBENSSITUATION VON MIGRANT*INNEN UND GEFLÜCHTETEN IN POSTFASCHISTISCHEN ZEITEN

Marah Frech & Judith Gleitze

Bild: ©Judith Gleitze | Gedenken an die Toten von Cutro2, Feb.2023

Seit dem 11. April 2023 gilt in Italien – wieder einmal – der Ausnahmezustand. Dies sei laut den Worten des Innenministeriums nötig, da sich die „Zahl der Ankünfte massiv erhöht habe“.[1] Doch Italien liegt in Hinblick auf die Zahl eingehender Asylanträge unter dem europäischen Durchschnitt.[2] Vielmehr blockieren die fehlende Planung und die mangelnde Verwaltung der Accoglienza (dt. die Aufnahme) seitens der Regierung[3] das System – nicht die vermehrten Ankünfte. Dieser erneute Stato di Emergenza (dt. Ausnahmezustand) sollte zudem nicht darüber hinwegtäuschen, dass Migrant*innen und Geflüchtete bereits seit Jahren mit einer humanitären Katastrophe in Italien konfrontiert sind. Das Nicht-Funktionieren der Accoglienza ist seit langem bekannt. Über 70% der ankommenden Migrant*innen und Geflüchteten leben in CAS, den Centri di accoglienza straordinaria (dt. Außergewöhnliche Aufnahmezentren oder auch Notstandszentren), deren Namen bereits auf eine strukturelle Übergangslösung hindeutet.

Sog. Hotspots sind Erstaufnahmelager in denen Geflüchtete direkt nach der Ankunft registriert, ihre Identität überprüft und unter anderem medizinische Untersuchungen durchgeführt werden. Ziel dieser Hotspots ist die Überwachung der Migrationsbewegungen.
Zudem dient er dazu, Geflüchtete direkt nach der Ankunft in zwei Klassen zu teilen: wer ist laut Behörden ein*e potentielle*r Asylsuchende*r und wer nicht. Hotspots gibt es nur in Griechenland und in Italien. Das System ist mehr als fragwürdig und führt zur Irregularisierung vieler Geflüchteter.

Der Ausnahmezustand war in den letzten fünfundzwanzig Jahren eine ‚permanente‘ Maßnahme zur Bewältigung eines angeblichen Migrationsphänomens, erstmals wurde er 1997 ausgerufen, als viele albanische Geflüchtete über die Adria nach Italien kamen.[4] Ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der Notstandsverordnungen war die sogenannte Emergenza Nordafrica zwischen 2011 und 2013, als viele Geflüchtete aus Tunesien nach Italien kamen. In den Folgejahren hat sich die italienische Politik – und nicht nur diese – in Fragen der Migration nicht mit Ruhm bekleckert. Dies betrifft rechte wie linke bzw. liberale Regierungen. Hatte sie noch 2013 einen mutigen Schritt zur staatlichen Seenotrettung unternommen und die Mission MARE NOSTRUM ins Leben gerufen, wurde diese aufgrund der mangelnden Unterstützung anderer europäischer Staaten bereits 2014 wieder beendet. Stattdessen wird die im Jahr 1998 eingeführte Abschiebungshaft weiter ausgebaut. Immer wieder wurden neue bilaterale Vereinbarungen mit Herkunfts- und Transitländern getroffen, welche die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verletzen, im Fall von Libyen z.B. durch die Inhaftierungen und Misshandlungen Geflüchteter. 2015 nahmen die Ankünfte in EU-Staaten über die Balkanroute stark zu, sodass 2016 das sogenannte Hotspot-System eingeführt wurde.

Das Jahr 2018 schließlich stellte mit den ‚Sicherheitsdekreten‘[5] der rechten Regierung mit Matteo Salvini als Innenminister einen vorübergehenden humanitären Tiefpunkt da.

Es muss also gesagt werden, dass rechte wie auch demokratische Regierungen die Schuld am derzeitigen Migrationsregime tragen. Die genannten und viele weitere Maßnahmen zeigen, dass ein Leben im Dauer-Notstand schon lange die Realität vieler Menschen in Italien darstellt. Ob die neue Regierung diesbezüglich qualitativ anders handelt als vorherige Regierungen, ist fraglich.

Ein von der Regierung ausgerufener Ausnahmezustand oder Notstand bedeutet – in jedwedem Politbereich – stets verkürzte Gesetzesverfahren, durch die mitunter das Parlament umgangen und Bürger*innenrechte offener verletzt werden können. Während eines Notstandes werden

1 „Emergenza migranti, il prefetto Valenti commissario straordinario” (16.04.2023), Sandro Addario.
URL: https://www.osservatorelibero.it/2023/04/16/emergenza-migranti-il-prefetto-valenti-commissario-straordinario/

2 „L'Italia dichiara lo stato di emergenza“ (18.04.2023), in: “I migliori articoli su rifugiati e immigrazione 15/2023“, openmigration.
URL: https://openmigration.org/web-review/i-migliori-articoli-su-rifugiati-e-immigrazione-15-2023/

3 „Non c'è alcuna emergenza migranti: se l'accoglienza non viene programmata è solo colpa del governo“ (14.04.2023), Annalisa Girardi.
URL: https://www.fanpage.it/politica/non-ce-alcuna-emergenza-migranti-se-laccoglienza-non-viene-programmata-e-solo-colpa-del-governo/

4 „Tutte le anomalie dello stato di emergenza per i migranti“ (28.04.2023), Annalisa Camilli. URL: https://www.internazionale.it/essenziale/notizie/annalisa-camilli/2023/04/28/emergenza-migranti-lampedusa

5 Streiflicht Italien (04.01.2023), borderline-europe – menschenrechte ohne grenzen e.V. URL: https://www.borderline-europe.de/sites/default/files/projekte_files/2019_01-04_Streiflicht_final.pdf

demokratische Kontrollmechanismen reduziert, die immer, aber auch gerade unter einer postfaschistischen Regierungen wie der Gegenwärtigen, unverzichtbar sind. Der Ausnahmezustand verweist auf die legale Möglichkeit, geltendes Recht durch Recht außer Kraft zu setzen. Rechtlosigkeit erhält dadurch eine Komponente der Zeitlosigkeit. Der Ausnahmezustand stellt auch eine bedeutsame Kraft bei der Unterdrückung und Kriminalisierung von Geflüchteten und Migrant*innen durch die italienische Dominanzgesellschaft dar, denn die Notstandsdoktrin kann „als abwertendes Prinzip zu einem praktischen Mechanismus werden, um rassistische Motive zu erfüllen“.[6] Diese werden durch populistische und diskriminierende Aussagen von Politiker*innen und der anhaltenden Suche nach Schuldigen für das Versagen des dysfunktionalen und menschenverachtenden Grenz- und Migrationsregimes der Europäischen Union verstärkt.

Es lohnt sich daher mit den Worten des Vereins NAGA[7] in Erinnerung zu rufen, dass es einen Migrationsnotstand nicht geben kann, weil das Phänomen der Migration schon immer existiert. Zugleich müssen wir die Praktiken der Regierung und ihre dramatischen Konsequenzen analysieren, um die Geschichten der Menschen hinter eindrucksvollen Begriffen wie ‚Notstand‘ und Gesetzen gegen vulnerable Personen und NGOs zu erzählen. Im Folgenden sollen daher die Rechtsverschiebungen des Migrations- und Asylrechts seit Ende des letzten Jahres in aller Kürze skizziert und anhand der alltäglichen Lebenssituation von Geflüchteten und Migrant*innen in Italien erklärt werden.

Das NGO-Dekret zur Behinderung der zivilen Seenotrettung

Über das im Januar 2023 verabschiedete Gesetzesdekret und seine katastrophalen Konsequenzen haben wir bereits in der Central Med Info von Februar 2023[8] und im Scirocco (Ausgaben 02/2023 – 05/2023)[9] ausführlich berichtet.
An dieser Stelle nehmen wir noch einmal in aller Kürze darauf Bezug, da es den Beginn zahlreicher Rechtsverschiebungen unter der Regierung Giorgia Melonis einläutete. Das umgangssprachlich als ‚NGO-Dekret‘ bekannt gewordene Gesetz Nr. 15/2023 zwingt zivile Seenotrettungsvereine und -gruppen „faktisch dazu (…) einen Großteil ihrer Zeit damit zu verbringen, entfernte Häfen anzusteuern“[10] und führt explizit zur Reduzierung der Rettungskapazitäten auf dem Mittelmeer, dem tödlichsten Meeresabschnitt der Welt. Es reiht sich in die von der EU ausgeübte Taktik der Diffamierung, der administrativen Schikanen und Kriminalisierung ziviler Such- und Rettungsmissionen sowie Aktivist*innen ein.[11] Das NGO-Dekret zielt vordergründig auf die Behinderung der Organisationen ab, doch die Konsequenzen tragen Migrant*innen, die über das zentrale Mittelmeer fliehen müssen und dabei in Seenot geraten. Im Falle eines solchen Unglücks sind womöglich nicht mehr genügend Rettungskapazitäten vorhanden und noch weniger Menschen können das Sinken eines Bootes bezeugen. Neben der existentiellen Bedrohung des Ertrinkens entsteht durch das NGO-Gesetz folglich eine noch größere „Bewusstseinslücke auf dem Mittelmeer“.[12]

Praktisch führt das neue Gesetz zu längeren Bordzeiten von vier bis fünf Tagen, da zivile Rettungsschiffe dazu aufgefordert sind, nach jeder Rettung sofort aus dem Rettungsgebiet herauszufahren und im Sinne der jüngsten Strategie der italienischen Regierung i.d.R. weit entfernte Häfen zugewiesen bekommen. Unberücksichtigt bleibt das Trauma der Flucht, bisherige Torturen auf dem Mittelmeer, Seekrankheit, die Enge an Bord der Schiffe und die erlittenen Traumata der Flucht an sich. Die Geschehnisse in La Spezia veranschaulichen dies gut. Dort mussten die Geretteten erst eine weitere unnötig lange Schifffahrt in den zugewiesenen, nördlich gelegenen Hafen ertragen, dann wurden die unbegleiteten Minderjährigen von La Spezia mit Bussen in das hunderte Kilometer entfernte Foggia im Süden transportiert.[13] Die Anweisung, unmittelbar einen Hafen anzulaufen, während sich andere Menschen noch in Seenot befinden, widerspricht der im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ) verankerten Pflicht von Kapitän*innen, Menschen in Seenot unverzüglich Hilfe zu leisten. Ein weiteres durch das Dekret aufgeworfenes Problem ist die Verpflichtung, an Bord von Rettungsschiffen Daten von Überlebenden zu sammeln, die beabsichtigen internationalen Schutz zu beantragen und diese Informationen mit den Behörden zu teilen. Die Registrierung von Asylgesuchen und die Einleitung entsprechender Verfahren liegt allerdings in der Pflicht von Staaten, ein ziviles (und damit privates) Rettungsschiff ist dafür nicht geeignet.[14]

Eine Frage der Schuld und falsche Antworten – Das „Piantedosi-Dekret“[15]

Während des Ministerrats am 9. März in Cutro handelte die italienische Regierung das am 05. Mai 2023 gesetzgewordene ‚Cutro-Dekret‘ (Ddl 591/2023; Gesetzesdekret 20/2023)[16] aus. Aufgrund seines dramatischen Hintergrundes sollte es jedoch besser ‚Piantedosi-Dekret‘ genannt werden, benannt nach dem italienischen Innenminister Matteo Piantedosi. Im Dekret und dem folgenden Gesetz Nr. 50/2023 drückt sich politisch und normativ die Reaktion der Regierung auf das verheerende Schiffsunglück in der Nacht vom 25. auf den 26. Februar in Cutro aus, bei dem wahrscheinlich mehr als 100 Menschen starben.

Es ist ein Zeugnis der Suche nach Schuldigen, der Kriminalisierung betroffener Personen und der weiteren Verhärtung des Europäischen Migrations- und Grenzregimes: Die Darstellung von Migrant*innen hat sich von einer „Darstellung als Arme, dann als Kriminelle und jetzt als Schuldige gewandelt“.[17]

Der italienische Innenminister fand die Schuld für das Massaker am Strand von Cutro in „verantwortungslosen Eltern, die ihre Kinder wegbringen" und klammert in dieser Aussage sowohl die globale politökonomische Realität als auch jegliches Einfühlungsvermögen mit den Opfern, ihren Angehörigen und Überlebenden aus. Als Mitschuldige werden diejenigen Geflüchtete und Migrant*innen, welche die gefährliche Überfahrt überleben und an den Küsten Italiens ankommen, politisch bestraft. Durch das Gesetz wird die Aufenthaltserlaubnis des besonderen Schutzes – die protezione speciale – derer massiv eingeschränkt, die sich bereits in Italien aufhalten, dort verwurzelt sind und denen nun ggf. droht, den Titel nicht verlängern oder konvertieren zu können. Durch die Ausweitung der Anwendung beschleunigter Verfahren zur Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz werden die Verteidigungsrechte der Antragstellenden stark einschränkt und es wird zu deutlich schnelleren Abschiebungen kommen. Betroffenen Personen wurde damit eine weitere Möglichkeit genommen, ihr Leben anzuerkennen und ihre Rechte zu schützen. Sie werden zur Unsichtbarkeit gezwungen, welche „zu einer zunehmenden sozialen Unruhe beiträgt und viele Menschen in die soziale und wohntechnische Prekarität, in die Situationen der Arbeitsausbeutung und Erpressung, der Marginalisierung und Armut zwingt. Die Instabilität ist radikal, sie betrifft den ganzen Globus“, erklärt Arci Porco Rosso.[18]

Zudem wird die Dauer der Inhaftierung in den Haftheinrichtungen für die Rückführung (CPR) verlängert und die Gesamtzahl der Abschiebungshaftanstalten durch den Bau eines Zentrums in jeder Region erhöht. Die Einführung eines Strafbestandes zur härteren Verfolgung von Personen, die von der italienischen Regierung beschuldigt werden, Fluchtboote zu fahren (sog. ‚scafisti‘) verstärkt die Kriminalisierung von Migrant*innen und Geflüchteten erneut und hat symbolischen Wert gegenüber den Wähler*innen des rechten Regierungsbündnis.

Es wird vermutlich zu einer Zunahme der Inhaftierung von Asylsuchenden in Abschiebungshaft wie auch in (neuen) Zentren direkt an der Grenze kommen.[19] „Dieser letzte Punkt ist vielleicht derjenige, der aufgrund seiner praktischen Auswirkungen und der verwendeten Terminologie am besten den ideologischen Inhalt eines Gesetzestextes verdeutlicht, dessen Hauptziel darin besteht, das Asylrecht weiter zu entleeren“, so NAGA.

„Die Formulierung ‚Fluchtgefahr‘, die gewählt wurde, um die Möglichkeit der Inhaftierung zu rechtfertigen, ähnelt eher einem Strafverfahren als einem Verfahren zur Anerkennung einer Form des Schutzes: Die Verwendung dieses Begriffs in diesem Zusammenhang stellt diejenigen, die das durch die Verfassung und internationale Normen garantierte Recht auf Asyl in Anspruch

6 Punsara Amarasinghe & Sanjay K. Rajhans (2020): Agamben's two missing factors; Understanding state of emergency through colonialism and racial doctrine. Open Political Science 2020 (3), S. 34-46. URL: https://doi.org/10.1515/openps-2020-0003

7 „Stato d'emergenza: la risposta del Naga“ (12.04.2023), Associazione NAGA – Organizzazione di volontariato per l'Assistenza Socio. URL: https://naga.it/2023/04/12/stato-demergenza-la-risposta-del-naga/

8 Central Med Info (Februar 2023), borderline-europe – menschenrechte ohne grenzen e.V. URL: https://www.borderline-europe.de/sites/default/files/projekte_files/Central%20Med%20Info%20Februar_0.pdf

9 Scirocco – Kurzinfo aus Italien, borderline-europe – menschenrechte ohne grenzen e.V. URL: https://www.borderline-europe.de/projekte/italien-hintergrundinfos-zu-gefl%C3%BCchteten-und-migrantinnen

10 Central Med Info (Februar 2023), borderline-europe – menschenrechte ohne grenzen e.V. URL: https://www.borderline-europe.de/sites/default/files/projekte_files/Central%20Med%20Info%20Februar_0.pdf

11 Siehe dazu auch hier: „Rettung unerwünscht“ (2021), borderline-europe – menschenrechte ohne grenzen e.V. URL: https://www.borderline-europe.de/sites/default/files/readingtips/2021_09_Borderline%20Europe%20RETTUNG%20UNERW%C3%9CNSCHT%20final.pdf

12 „Italian decree results in fewer people saved on the Mediterranean, rescuers say“ (09.03.2023), Clare Roth. URL: https://www.infomigrants.net/en/post/47389/italian-decree-results-in-fewer-people-saved-on-the-mediterranean-rescuers-say/

13 „Geo Barents, la beffa per i minori sbarcati a La Spezia: sono stati spediti a Foggia. Dovranno fare quasi 800 km in bus“ (01.02.2023), Alessandra Ziniti. URL: https://www.repubblica.it/cronaca/2023/02/01/news/beffa_minori_migranti_la_spezia_geo_barents_foggia-386039815/

14 „Erklärung: Mehr Tote im Mittelmeer durch neues italienisches Regierungsdekret“ (05.10.2023), Sea-Watch e.V. URL: https://sea-watch.org/erklaerung-italienisches-regierungsdekret/

15 „Il paradigma della colpa“ (10.03.2023), Associazione NAGA – Organizzazione di volontariato per l'Assistenza Socio. URL: https://naga.it/2023/03/10/il-paradigma-della-colpa/

16 „Migranti, il decreto Cutro è legge: dalla Camera arriva il via libera definitivo“ (04.05.2023), Luca Pons. URL: https://www.fanpage.it/politica/migranti-il-decreto-cutro-e-legge-dalla-camera-arriva-il-via-libera-definitivo/

17 „Il paradigma della colpa“ (10.03.2023), Associazione NAGA – Organizzazione di volontariato per l'Assistenza Socio. URL: https://naga.it/2023/03/10/il-paradigma-della-colpa/

18 „Das Trugbild des besonderen Schutzes“ (12.04.2023), Arci Porco Rosso. URL: https://www.borderline-europe.de/sites/default/files/projekte_files/2023_04_11_PORCO ROSSO_Das Trugbild.pdf

19 „Decreto Cutro approvato“ (04.05.2023), Associazione NAGA – Organizzazione di volontariato per l'Assistenza Socio. URL: https://naga.it/2023/05/04/decreto-cutro-approvato/

nehmen, mit Verdächtigen in einem Strafverfahren gleich.“[20]

Das Piantedosi-Dekret ist eines von vielen, welches „als politisches Propagandainstrument eingesetzt (wird), das sich nur selten tatsächlich mit den Auswirkungen von Gesetzesdekreten, Durchführungsbestimmungen und Änderungen auf das Leben der Menschen und die italienische Gesellschaft selbst befasst. Im Gegenteil, die letzten Jahre zeigen uns immer wieder, dass die Auswirkungen von Reformen im Bereich der Migrationspolitik nur allzu oft genau gegen den erklärten Willen der Regierung wirken“[21], kommentiert Arci Porco Rosso eindrücklich. In Cutro zeigt sich die italienische Regierung von einer besonders harten und empathielosen Seite gegenüber den Überlebenden des Schiffsunglücks. Doch wie wir anhand der Reaktionen und marginalen Kritik anderer Staaten samt Vertreter*innen der EU sehen können, scheint das Piantedosi-Dekret mit den langfristigen Plänen der Europäischen Union zur Migrationsabwehr überaus vereinbar.[22]

Können wir von einem Zusammenbruch der Accoglienza sprechen?

Der neue Notstand erfolgt 10 Jahre nach der Beendigung des zweijährigen Notstandes zwischen 2011 und 2013 und wenige Monate nach dem Ende des letzten migrationsbezogenen Notstandes in Verbindung mit der Covid-19 Pandemie, der u.a. die Einführung von Quarantäneschiffen für/gegen Migrant*innen und Geflüchtete ermöglichte. Der Verein Baobab Experience aus Rom bezeichnet Italien daher treffend als „Land der Notfälle, die als reine Routine hätten behandelt werden können“.[23]

Dem dramatisch anmutenden Begriff ‚Ausnahmezustand‘ zum Trotz handelt es sich primär um administrative Maßnahmen: Für (mindestens) sechs Monate kann die Regierung nun höhere Gelder in deutlich schnelleren Verfahren freigeben, um das Asyl- und Migrationssystem in den CPR (Abschiebungshaft) und den Hotspot auf Lampedusa, ‚besser‘ zu finanzieren – beide Einrichtungen sind aus unserer Perspektive jedoch Teil des Problems. Es wurde ein Fonds über fünf Millionen Euro für die Verwaltung der Migration[24] bereitgestellt. Der ehemalige Präfekt von Florenz und Leiter der Abteilung für bürgerliche Freiheiten und Einwanderung des Innenministeriums, Valerio Valenti, wurde zum Sonderkommissar zur Bewältigung der Situation ernannt. Dieser soll nun nationale Maßnahmen koordinieren, welche den Ausbau der Kapazitäten der Aufnahmeeinrichtungen fördern sowie einen kontinuierlichen See- und Luftverkehr zwischen Hotspots und dem Festland aufbauen. Zudem plant die Regierung schnellere Abschiebungen (‚Rückführung‘) von Geflüchteten und Migrant*innen durch sog. Schnellverfahren, welche mit hoher Wahrscheinlichen den rechtlichen Grundsatz der Nicht-Zurückweisung (non-refoulement) und die Verpflichtung, jedes Asylverfahren einzeln zu bewerten, gefährden werden.[25] Wobei man sich die Frage stellen kann, inwiefern diese Grundsätze überhaupt eingehalten werden (in Italien wie auch in anderen Staaten der EU). Der Übertragung wichtiger Managementaufgaben von der regionalen auf die nationale Ebene haben drei Regionen bisher nicht zugestimmt: Emilia Romagna, Toskana und Apulien[26] – Regionen, in denen die Accoglienza schon lange stark gefordert ist und die daher auf der Suche nach regionalen Lösungsstrategien sind.[27] Sie haben sich bisher gegen die Übernahme ihrer Befugnisse durch die Regierung geweigert. Ein Notstand ermöglicht dem Kabinett die Ausnahme bzw. Beschleunigung üblicher bürokratischer Verfahren, um schneller handeln zu können und der demokratischen Kontrolle des Parlaments zu entgehen. Es sei davon auszugehen, „dass neue außerordentliche Zentren schneller entstehen werden, aber dadurch die Kontrolle über die gewählten Einrichtungen verringert und die Achtung der Rechte der aufgenommenen Personen gefährdet wird“, erklärt Fabrizio Coresi, Forscher bei ActionAid.[28]

Der Parlamentarier Toni Ricciardi[29] fragt zynisch, warum die Regierung glaube, dass fünf Millionen Euro ausreiche, um das strukturelle Phänomen Migration zu behandeln, wenn es so dringlich sei, dass ein Ausnahmezustand ausgerufen werden musste. Zwischen Propaganda und Realität sehe er einen deutlichen Abgrund. Auch der Bürgermeister von Bologna, Matteo Lepore[30], wies als Reaktion auf die Ausrufung des Notstandes darauf hin, dass Migration kein Notfall, sondern eine strukturelle Tatsache sei, der man mit Unterkünften, Integration und Arbeit wesentlich besser begegne. Die Ausrufung des Notstandes kann als politisches Signal an die Wähler*innen der postfaschistischen Regierungskoalition verstanden werden, nicht aber als ernsthaften Versuch, politisch zu handeln.

Wie wirkt sich diese Politik auf Betroffene aus? Einblicke in unsere Arbeit in Palermo

Schon ohne neue Gesetze und Dekrete ist und war die Situation von Geflüchteten in Italien mehr als problematisch. An dieser Stelle möchten wir noch auf einige der Probleme in unserem Arbeitsumfeld Palermo aufmerksam machen, die jedoch auch auf andere Städte übertragen werden können.

Blockade der Familienzusammenführung

Laut italienischem Gesetz sollten Familienzusammenführungen von migrantischen Arbeitnehmer*innen innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein – in der Realität bleiben aber viele Anträge zwischen Ämtern und Genehmigungen, die in den Herkunftsländern beantragt werden müssen, stecken.[31] Betroffene Personen werden über Monate rücksichtslos von ihren Angehörigen, Verwandten und Kindern getrennt, existentiellen Unsicherheiten über den Verfahrensausgang sowie anstrengenden, formalen Prozeduren ausgesetzt. So wurde beispielsweise die Zusammenführung einer Mutter mit ihrem 13-jährigen Sohn aus Guinea über ein Jahr lang aufgeschoben. Der Sohn konnte weder in Guinea noch in Senegal einen Termin bei der italienischen Botschaft vereinbaren, um ein Visum zu beantragen, da die Mitarbeitenden nicht anzutreffen waren. Erst durch die Unterstützung des Vereins „Moltivolti“ aus Palermo konnte die Familie eine Zusammenführung offiziell beantragen – nach einem Jahr des Wartens und des Pendelns zwischen Guinea und Senegal.[32]

Wohnsitzanmeldung und Wohnungsnot

Das Einwohnermeldeamt stellt schon seit langem eine „der problematischsten Dienststellen der Stadt“[33] dar, die durch Ineffizienz der ausländischen Bevölkerung Palermos wichtige Rechte willentlich vorenthält. Denn: die Anmeldung des Wohnsitzes im Melderegister der Stadt ist eine grundlegende Voraussetzung für die Feststellung der Anwesenheit im italienischen Hoheitsgebiet und ohne Residenza (dt. Wohnsitz) erhalten Geflüchtete und Migrant*innen (wie andere Ausländer*innen auch) keinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie dem Gesundheits- oder Bildungswesen. Sie können keine Sozialleistungen empfangen und ebenso wenig ein Bankkonto eröffnen, welches jedoch eine Voraussetzung für ein ordentliches Arbeitsverhältnis darstellt (theoretisch ist dies möglich, aber praktisch kaum mehr umsetzbar).

Die Ämter vergeben über Monate hinweg keine Termine zur Anmeldung, manchmal warten Betroffene Jahre darauf. Diesen Prozess online zu erledigen ist unmöglich.

Bild: © Judith Gleitze | Demonstration in Palermo für die Wohnsitzvergabe, März 2023

Darüber hinaus benötigt man für die Anmeldung des Wohnsitzes in Italien einen Personalausweis oder Reisepass und eine Steuernummer, die man i.d.R. über einen vorherigen Wohnsitz erhält. Es überrascht kaum, dass dies für Menschen, die neu in Italien ankommen, nicht zutrifft und sie daher (noch) keine Steuernummer haben. Letztlich stellt der Wohnungsmarkt selbst ein großes Problem dar: Es gibt kaum Leerstand oder freien Wohnraum und die wenigen Wohnungen, die neu vermietet werden, schließen eine Vermietung an Ausländer*innen aus. Wenn Wohnungen gemietet werden, geschieht dies häufig ohne Mietvertrag unter der Hand, sodass den Mieter*innen bei Problemen

20 Ebd.

21 „Das Trugbild des besonderen Schutzes“ (12.04.2023), Arci Porco Rosso. URL: https://www.borderline-europe.de/sites/default/files/projekte_files/2023_04_11_PORCO ROSSO_Das Trugbild.pdf

22 „Il paradigma della colpa“ (10.03.2023), Associazione NAGA – Organizzazione di volontariato per l'Assistenza Socio. URL: https://naga.it/2023/03/10/il-paradigma-della-colpa/

23 „Il Paese delle emergenze che avrebbero potuto essere mere gestioni ordinarie” (12.04.2023), Baobab Experience. URL: https://twitter.com/BaobabExp/status/1646108089970483201?ref_src=twsrc%5Etfw

24 „L'Italia dichiara lo stato di emergenza“, in: „I migliori articoli su rifugiati e immigrazione 15/2023“ (18.04.2023), Open Migration.
URL: https://openmigration.org/web-review/i-migliori-articoli-su-rifugiati-e-immigrazione-15-2023/

25 Vgl. „Emergenza migranti, il prefetto Valenti commissario straordinario“ (16.04.2023), Sandro Addario.
URL: https://www.osservatorelibero.it/2023/04/16/emergenza-migranti-il-prefetto-valenti-commissario-straordinario/

26 „Migranti, mille posti in più negli hotspot di Calabria e Sicilia“ (16.05.2023), Alessandra Ziniti.
URL: https://www.repubblica.it/cronaca/2023/05/16/news/croce_rossa_emergenza_migranti_il_piano_del_viminale_hot_spot_lampedusa-400365791/

27 „Migranti, Valenti nominato commissario per l'emergenza in 15 regioni. Ne restano fuori 4 che non hanno firmato l'intesa“ (16.04.2023), Alessandra Ziniti.
URL: https://www.repubblica.it/cronaca/2023/04/16/news/migranti_sbarchi-396423379/

28 „L'Italia dichiara lo stato di emergenza“, in: „I migliori articoli su rifugiati e immigrazione 15/2023“ (18.04.2023), Open Migration.
URL: https://openmigration.org/web-review/i-migliori-articoli-su-rifugiati-e-immigrazione-15-2023/

29 „Stato di emergenza sui migranti, perchè il dl è abuso di potere“ (12.04.2023), Aldo Torchiaro.
URL: https://www.ilriformista.it/stato-di-emergenza-sui-migranti-cosa-vuol-dire-e-cosa-cambia-perche-il-dl-e-abuso-di-potere-352113/

30 „Lepore: ‚Smantellano l'accoglienza, così rivedremo le tendopoli'“ (17.04.2023), Eleonora Capelli.
URL: https://bologna.repubblica.it/cronaca/2023/04/17/news/lepore_protezione_speciale_smantellano_accoglienza_tendopoli-396465823/

31 „Pratiche di ricongiungimento familiare bloccate, lavoratori immigrati protestano in Prefettura“ (26.01.2023), Pietro Minardi.
URL: https://www.blogsicilia.it/palermo/lavoratori-immigrati-protesta-prefettura-richieste-ricongiungimento-familiare-video/829360/

32 Entnommen aus Gesprächen zwischen dem Forum Antirazzista Palermo, Moltivolti Palermo und borderline-europe – menschenrechte ohne grenzen e.V.

33 Entnommen aus Gesprächen zwischen dem Forum Antirazzista Palermo, Moltivolti Palermo und borderline-europe – menschenrechte ohne grenzen e.V.

oder gar einer Kündigung keine rechtlichen Mittel zur Verfügung stehen, um den eigenen Wohnraum zu sichern.[34]

Die Nigerianerin J. lebt gemeinsam mit ihrer Tochter nicht unter subsidiären Schutz in Palermo. Nach einiger Zeit gelang es ihr, eine Wohnung mit regulärem Mietvertrag zu finden, doch das Einwohnermeldeamt vergab keine Termine zur Anmeldung.

Was folgte steht symptomatisch für die verfehlte und gewaltvolle Aufnahmepolitik Italiens: Die Betroffene kann die – dem miserablen Wohnungsmarkt zum Trotz – gefundene Wohnung nicht legal mieten und erhielt folglich keinerlei Zahlungen vom Staat, die ihr zustehen würden, wenn sie einen offiziellen Wohnsitz hätte.

Die Geburtsbeihilfe für ihre Tochter, einen ‚Staatsbonus' zur finanziellen Unterstützung sowie ein Platz in einer Kindertagesstätte blieben ihr vorenthalten. Sie befand sich in einer ausweglosen Situation und entschied sich dazu, die Gemeinde zu wechseln und ihr Zuhause sowie soziales Umfeld aufzugeben, das sie sich in den letzten sieben Jahren aufgebaut hat. Sie lebt jetzt in Monreale (in der Nähe von Palermo), wo sie sich binnen zwei Monaten registrieren konnte.[35]

B. ist gambischer Staatsbürger und arbeitet seit fünf Jahren als Saison- und Fabrikarbeiter an verschiedenen Orten im Westen Siziliens. Es gelingt ihm immer wieder, reguläre Arbeitsverträge und unterzeichnete Beherbergungserklärungen zu bekommen, sodass er sich zwar in einer „mobilen" Arbeits- und Lebenssituation befindet, nicht aber völlig prekär leben muss. Dennoch würde B. gerne den Beruf wechseln und sich auf ein Fach spezialisieren, um einen stabilen Arbeitsvertrag zu erhalten. Er hat eine von der Region finanzierte Fortbildung gefunden und müsste dafür ‚lediglich' nachweisen, dass er als Einwohner in Palermo gemeldet ist. Doch daran scheitert er genauso wie J. aus dem vorherigen Beispiel.[36]

Bürokratischen Blockaden wie die Nicht-Vergabe von Anmeldetermine sind ein beliebter Mechanismus, um geltendes Recht und Verfahren zu verzögern. Betroffene Personen werden über Monate rücksichtslosexistentiellen Unsicherheiten ausgesetzt, indem ihnen Wohnraum vorenthalten wird und sie aus öffentlichen Dienstleistungen sowie dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Die gegenwärtige Situation ist entgegen der höchsten Dringlichkeit eines Ausnahmezustandes nicht neu, der Zusammenbruch der Accoglienza wenig überraschend.

Ein Zustand, der seit mehr als einem Jahrzehnt andauert, sollte nicht als Ausnahme, sondern als Regel bezeichnet werden.[37] Das Migrations- und Grenzregime der EU und Italien baut auf strukturellen Missständen, dem Versagen der Institutionen beim Schutz von Migrant*innen und Geflüchteten, der Kriminalisierung Betroffener und der zunehmenden Abschottung auf.

Es mangelt an einer ernsthaften und realitätsnahen Auseinandersetzung mit den Bewegungen der Migration und einer post-migrantischen, europäischen Gesellschaft.

34 Ebd.

35 Ebd.

36 Ebd.

37 Vgl. Walter Benjamin: „(T)he tradition of the oppressed teaches us that the state of emergency in which we live is not the exception but the rule". In: Walter Benjamin (2003a): 'On the Concept of History', in H.Eiland & M. W. Jennings (eds), „Walter Benjamin: Selected Writings". Volume 4:1938-1940. Cambridge: Harvard University Press, S. 292.

ZWISCHEN AUSBEUTUNG UND ZUFLUCHT

DIE LEBENSREALITÄT MIGRANTISCHER ERNTHELFER*INNEN IM EHEMALIGEN CAMP VON CAMPOBELLO DI MAZARA

Giulia Gianguzza

Bild: © Giulia Gianguzza

Am vergangenen 24. Mai wurde das informelle Camp am Rande von Campobello di Mazara, einer Kleinstadt im Westen Siziliens, mit einem großen Polizeiaufgebot geräumt. Etwa achtzig dort lebende Menschen waren betroffen. Die Zwangsräumung wurde auf spektakuläre Weise inszeniert. Die Bewohner*innen erhielten keine Vorankündigung, dass sie den Ort, der seit Jahren das einzige Zuhause für sie ist, verlassen müssen. Doch es gibt für sie keine andere Möglichkeit, eine Wohnung zu finden. Das Camp ist ihre einzige Lösung für ein existenzielles Problem. Wohin sie nun sollen wurde während der Räumung nicht bedacht. Das gewaltsame und zugleich fassadenhafte Eingreifen der Behörden hat die wenigen Anlaufstellen, die im Camp tätig sind, überhaupt nicht berücksichtigt. Sie sind seit Jahren die einzigen, die soziale und rechtliche Unterstützung durch Nähe und Fürsorge – anstatt der sonst vorherrschenden Unterdrückung und Vertreibung, bieten. Sie haben versucht, vertrauensvolle Beziehungen zu den Bewohner*innen aufzubauen und gemeinsam Wege aus dem Ghetto zu finden. Aber was ist überhaupt der Grund für das Entstehen eines solchen Ghettos in diesem Gebiet? Wie wurden die Menschen, die in prekären sozialen und gesundheitlichen Verhältnissen und illegalisiert leben müssen, während der Räumungsphase behandelt? Wo sind sie jetzt und wohin werden sie morgen gehen?

Das erste Mal, dass ich ein informelles Camp auf dem Lande im Westen Siziliens besuchte war im Oktober 2017. Die Olivenernte hatte bereits Wochen zuvor begonnen, und in ‘Erbe Bianche’, einem Ortsteil von Campobello di Mazara, hatte sich das Camp, wie jeden Herbst, beträchtlich ausgedehnt. Rund um eine größtenteils unüberdachte, aber ganzjährig bewohnte Ruine standen Hütten aus Holzbrettern und -platten, Blechen, Plastikplanen, Seilen, Teilen von zurückgelassenen Möbeln und anderen Fundstücken. Ich war zusammen mit einer Gruppe von Aktivist*innen des Antirassistischen Forums Palermo dorthin gefahren, da eine Gruppe von Jugendlichen, mit denen ich in Kontakt stand, um Unterstützung gebeten hatte. Sie lebten eigentlich in Palermo und hatten beschlossen, nach Campobello zu fahren, um während der Olivenernte Arbeit zu suchen und etwas Geld zur Seite legen zu können. Ich erinnere mich, dass wir vor Ort einen Erntehelfer trafen, mit dem wir uns sofort anfreundeten, da wir seinen Anwalt kannten. Er lud uns in seine Hütte ein und bat uns mit einem bemerkenswerten Sinn für Gastfreundschaft, in seinem Haus Platz zu nehmen. Er bot uns Chai an und erzählte uns mit großer Ironie, wie seine Familie in Marokko bei Videogesprächen nicht glauben konnte, dass er wirklich in Europa war.

"Das kann nicht Europa sein!",

sagten sie immer wieder. "Sag uns die Wahrheit, du bist noch in Libyen". „Ich schwöre, sie glauben mir nicht, sie glauben nicht, dass man unter diesen Bedingungen in Europa leben kann!”

Es war ihm sehr wichtig, sein Haus zu pflegen und seinen Besitz zu teilen, ebenso wichtig wie der Gedanke, dass es ihm und seiner Familie trotz der Schwierigkeiten und des Mangels an Alternativen an nichts fehlen sollte. Von diesem Moment an nenne ich niemandes Haus im Lager mehr ‚Baracke‘ oder ‚Hütte‘, so wie es auch niemand im Camp tut. Ich erzähle diese Erfahrung, weil es für mich der erste Besuch in einem Camp von Erntehelfer*innen war, es war die erste Begegnung nach dem Überschreiten einer Grenze, die ich nicht als völlig unsichtbar bezeichnen würde.

Das Camp bei Campobello di Mazara war (und ich tue mich schwer damit, die Vergangenheitsform zu verwenden) das größte informelle Lager im Westen Siziliens und verdankte seinen Standort seither der Olivenernte der Sorte ‘Nocellara del Belice’. Die als ‘ex cementificio’ (Ex-Zementfabrik) bekannte Siedlung entstand 2018 nach der endgültigen Räumung der historischen Wohnsiedlung ‘Erbe Bianche’ in der benachbarten gleichnamigen Ortschaft. Es wurde um eine verlassene alte Fabrik namens ‘Calcestruzzi Selinunte’ herum gebaut, einem Unternehmen außerhalb der Gemeinde Campobello, das später in den Mittelpunkt eines Mafiaprozesses geraten sollte.

Die ehemalige Zementfabrik bestand aus behelfsmäßigen Hütten ohne Zugang zu fließendem Wasser und Strom, ähnlich jeder anderen informelle Ansiedlung oder jeden Camps. Die Tatsache, dass diese Orte so viele verschiedene und gleichzeitig keinen offiziellen Namen haben, ist im Übrigen bezeichnend für ihr Wesen. Gasflaschen und Benzingeneratoren wurden zum Kochen, Beleuchten, Erhitzen von Wasser und Aufladen von Mobiltelefonen verwendet. Dies sind alles Dienstleistungen, die von denjenigen erbracht wurden, die innerhalb des Ghettos arbeiteten, um das tägliche Leben der Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Sie machten es auf ihre Weise zu einer Art Geschäft, natürlich nicht zu einem lukrativen, aber zu einem, das für den Lebensunterhalt ausreicht. Aufgrund eines Defekts bei einem der Generatoren brach im September 2021 ein Feuer aus, das die Siedlung völlig zerstörte. Dabei kam ein Arbeiter guineischer Herkunft, Omar Baldeh, ums Leben. Dies war übrigens weder das erste noch das letzte Feuer, denn sechs Monate später zerstörte ein erneutes Feuer das Lager, das wiederum in kurzer Zeit von seinen Bewohner*innen wieder aufgebaut wurde.

Um zu verstehen, warum dieses Ghetto in Campobello entstanden ist, müssen wir zunächst einige Zeilen über den Kontext schreiben. Campobello di Mazara ist eine kleine Gemeinde in der Provinz Trapani mit etwa 11.000 Einwohner*innen. Unter den nicht einheimischen Bewohner*innen ist die Zahl von Personen tunesischer Herkunft beträchtlich; die tunesische Gemeinde im nahe gelegenen Mazara del Vallo ist eine der ältesten in Italien ansässigen Diaspora Gemeinschaften.[1] Wie viele kleine landwirtschaftlich geprägte Gemeinden im Süden ist auch Campobello di Mazara durch das Phänomen der Abwanderung seiner Einwohner*innen gekennzeichnet Der Rückgang der Gesamtbevölkerung liegtlaut ISTAT-Daten zwischen 1991 und 2001 bei rund 10 %.[2]

Vor den 1990er Jahren war die Agrar- und Ernährungswirtschaft in diesem Gebiet vor allem auf die Weinerzeugung ausgerichtet, während der Olivenanbau, vor allem aufgrund der saisonalen Ernte, eine eher untergeordnete Rolle spielte. In den 1990er Jahren ging die Agrar- und Ernährungswirtschaft des Gebiets zur Monokultur über und stützte sich fast ausschließlich auf den Anbau von Olivenbäumen und die Erzeugung von Öl und Tafeloliven. In jenen Jahren erhielt Campobello als eine der vier sizilianischen Gemeinden das Gütesiegel "DOP" (Denominazione di origine protetta – dt. aus kontrolliertem Anbau) und die dort angebaute Olivensorte "Nocellara del Belice" wurde als authentisches und regionales Erzeugnis anerkannt. Dieses Ereignis machte die Gemeinde bekannt und führte dazu, dass die landwirtschaftlichen Betriebe von einer überwiegend familiären Bewirtschaftung zu einer stärker auf den Großhandel ausgerichteten Produktion übergingen, die billige Arbeitskräfte erforderte.

90 % der Erzeuger*innen (insgesamt sind es ca. 5.000) haben kleine Parzellen (im Durchschnitt etwa zwei Hektar groß), sind nicht in Verbänden organisiert und daher schwächer und anfälliger für die von Großvertrieben auferlegten Preise und andere Dynamiken.[3] Seit den 1990er Jahren hat die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften, die für die Umstellung auf den Großhandel benötigt werden, dazu geführt, dass die Erzeuger*innen nach billigen Erntehelfer*innen gesucht haben.

In Campobello di Mazara kommen zu diesem Anlass jedes Jahr Anfang September Saisonarbeiter*innen aus verschiedenen Erntegebieten in ganz Italien an, vor allem aber diejenigen, die im Anschluss an die letzte Weinlese hoffen, im Olivenanbau Arbeit zu finden. Sie lassen sich in der Regel entweder in der ehemaligen Zementfabrik nieder, wo sie zu einer beständigen Gruppe – bestehend aus circa 100–150 Personen hauptsächlich gambischer und senegalesischer Herkunft – gehören, oder in ‘institutionellen’ Einrichtungen, die vom italienischen Roten Kreuz und von der Region Sizilien mit Mitteln zur ‘Bekämpfung der Ausbeutung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft’ bereitgestellt werden. Die institutionelleren Einrichtungen befinden sich immer außerhalb des städtischen Umfelds und bestehen aus vorgefertigten Containern, die mit chemischen Toiletten ausgestattet sind. Sie werden saisonal, aber nie

Bild: © Giulia Gianguzza

regelmäßig errichtet, als wäre die Ernte kein regelmäßiges Phänomen mit festem Rhythmus, sondern ein unkontrollierbarer Notfall. Im Gegensatz zu den sesshaften Arbeitnehmer*innen bleiben die Saisonarbeiter*innen bis zum Ende der Ernte, etwa bis zur letzten Novemberwoche, und ziehen dann an andere Ernteorte weiter. In der Regel handelt es sich um Orangen und andere Zitrusfrüchte, Kartoffeln, Tomaten usw., es sind die Jahreszeiten, die den Zyklus von Ernten und Ortswechseln bestimmen.

Zu den Erntehelfer*innen gesellen sich Personen, die diverse Dienstleistungen zu Verfügung stellen, zum Beispiel gastronomische Angebote oder Transportdienste, letztere werden häufig als sogenannte ‘caporali’ (Personen, die durch die Ausbeutung von Arbeitskräften Geld verdienen) erachtet. Es ist nicht provokativ gemeint, darauf hinzuweisen, dass viele von ihnen tatsächlich eine notwendige Dienstleistung erbringen (gegen Bezahlung, ja), die es in den ländlichen

1 Colucci M., Storia dell'immigrazione straniera in Italia: dal '45 ai giorni nostri, Carocci editore, Roma, 2018, p. 39

2 http://www.comuni-italiani.it/081/004/statistiche/popolazione.html, zuletzt besucht 14.05.2023.

3 Lo Cascio M., “Nuove rappresentazioni del Mezzogiorno agricolo: Una ricerca etnografica sulla filiera olivicola in Sicilia occidentale”, Tesi di Dottorato di ricerca in Scienze Psicologiche e Sociali – indirizzo "Sociologia", Università degli Studi di Palermo, 2016, p. 77

Gegenden nicht gibt: die Beförderung vom Wohnort zum Arbeitsplatz, der sich von Tag zu Tag ändern kann.

Dabei handelt es sich u.a. um Dienstleistungen, die nach dem italienischen Gesetz meist dem oder der Arbeitgeber*in in Rechnung gestellt werden müssten, was aber von den Behörden nicht kontrolliert wird. Zu den Arbeitskräften im Camp gehören auch all diejenigen, die an der Versorgung des Lebens in der Gemeinschaft beteiligt sind, z. B. am Bau und der Vermietung von Wohnraum, der Beschaffung und Verteilung von lebensnotwendigen Gütern – vor allem Wasser, Strom (durch Generatoren), Kleidung, Planen zur Abdichtung von Dächern –, Schafhüten und Halal-Schlachten oder dem Betrieb kleiner Restaurants zur Zubereitung von Speisen. Zur informellen Arbeit, der wir einen eigenen Abschnitt widmen werden, gehört auch Prostitution, sexuelle Ausbeutung und der Verkauf von Drogen.

Es ist klar, dass die Unterteilung in zwei Lager, ein informelles und ein institutionelles, und die Unterteilung in offiziellen Wohnraum und besetzte Bereiche nach den Bränden noch deutlicher wurde. Die Brände wurden überhaupt erst durch die sehr prekären Lebensbedingungen verursacht. Bis zum 24. Mai waren in der Ex-Zementfabrik Personen untergebracht, die das Gebäude als ihr Zuhause betrachteten, das sie nicht aufgeben wollten, das betrifft vor allem die Personen, die dort eine Art von Geschäft betrieben, das meist nichts mit der Olivenernte zu tun hatte.

Viele Saisonarbeiter*innen haben es insbesondere im letzten Jahr vorgezogen, in den Einrichtungen des Roten Kreuzes zu wohnen oder vor dem Gebäude zu kampieren, um auf einen freien Platz zu warten, anstatt wie in den Vorjahren in der ehemaligen Zementfabrik unterzukommen, da sie sich dort nicht mehr sicher fühlten. Während und nach der Pandemie verschlechterte sich der allgemeine sozio-sanitäre Zustand im Camp, ein Zustand, der, wie man sich unschwer vorstellen kann, an sich schon problematisch war. Was sich verschlimmerte, waren in erster Linie die Abhängigkeiten im Allgemeinen, in einigen Fällen aber auch spezifisch die Drogenabhängigkeit, insbesondere von Crack. Hiervon war nicht nur eine kleine Minderheit der Bewohner*innen des Ghettos betroffen, sondern auch Personen, die das Camp gelegentlich aufsuchten, oft sehr junge Männer und Frauen aus Mazara del Vallo, Castelvetrano und anderen Nachbarstädten. Es ist schwierig, die Ausbreitung eines so plötzlichen und großen Marktes von Rauschmitteln nicht mit der historischen Präsenz der Mafia im Gebiet von Castelvetrano in Verbindung zu bringen. Man erinnere sich daran, dass sich gerade in der Gemeinde Campobello di Mazara Matteo Messina Denaro, der letzte große Boss der Cosa Nostra, versteckt hielt und am 16. Januar 2023 nach etwa 30 Jahren auf der Flucht festgenommen wurde.

Bild: © Giulia Gianguzza | Das institutionalisierte Camp des italienischen Roten Kreuzes

Es ist offensichtlich, wie viele Menschen alternative Wohnlösungen brauchten und immer noch brauchen. Die Möglichkeiten, aus dem Camp herauszukommen, lagen im Laufe der Jahre in den Händen der Unterstützungsorganisationen (da die Behörden sich nie darum gekümmert haben). Sie waren stark vom rechtlichen und gesundheitlichen Status der Person abhängig und wurden durch die im Gebiet vorhandenen Möglichkeiten (Wohnheime, SAI-Zentren[4], Wohngemeinschaften, gesundheitlichen Einrichtungen) vorgegeben.

Außerdem war das Camp, ohne den Kontext romantisieren zu wollen, auch ein Ort des Lebens, der Freundschaften und Bindungen und somit auch ein gewisser Trost, und das Verlassen des Camps war nicht einfach und mit starken und widersprüchlichen Emotionen verbunden, selbst für diejenigen, die es nicht mehr bewohnen wollten oder konnten. Für einige Menschen war das Leben im Camp außerdem eine Art Anspruch: Sie blieben, weil sie keine besseren Alternativen hatten, aber nicht nur das, sondern auch, weil sie Freiheit und eine Gemeinschaft hatten, zu der sie gehörten, die sie an anderen Orten nicht kannten. Es gab keine strengen Regeln für die Rückkehrzeiten, wie in den städtischen Wohnheimen, wo diese oft ohne jegliche Erklärung auferlegt und daher nicht verstanden wurden. So zogen sie es zum Beispiel vor, im Camp mit einigen notdürftigen Jobs zu leben, anstatt das Heim von 8.00 bis 22.00 Uhr zu verlassen und auf der Suche nach Arbeit und in Einsamkeit durch die Stadt zu ziehen.

In Bezug auf die Campbewohnerinnen ist anzumerken, dass im ehemaligen Calcestruzzi nicht nur Frauen mit Migrationshintergrund lebten, sondern auch einige Italienerinnen, meist aus sehr komplexen familiären und sozialen Verhältnissen. Was die Frauen mit Migrationshintergrund betrifft, so waren sie vor allem in den Monaten der Olivenernte, d.h. zwischen Ende September und Anfang Dezember, anwesend. Einige von ihnen kehrten in den Folgejahren zurück: Für viele von ihnen markiert der Zyklus der Ernte den Rhythmus ihres Lebens, ebenso wie bei den Erntehelfern, oder vermutlich gerade aufgrund der Erntehelfer. In der Tat gibt es in Campobello nicht viele weibliche Erntehelferinnen mit Migrationshintergrund, die in der Olivenernte beschäftigt sind, genau gesagt kennen wir keine. Das heißt aber nicht, dass die Frauen, die im Camp lebten und die Ernte verfolgen, keine Arbeiterinnen sind. Nur, dass es eine strikte geschlechtsspezifische Rollenverteilung gibt, und dass Frauen hauptsächlich Pflege- und sexuelle Dienstleistungen für Erntehelfer und Einheimische erbringen. Sie arbeiten in der informellen Wirtschaft, was sie nicht weniger wertvoll macht, aber mit Sicherheit ungeschützter und erpressbarer. Einige arbeiten und verdienen Geld, indem sie sich prostituieren, andere führen Restaurants oder kochen, wieder andere bessern ihr Einkommen auf, indem sie Männern und Frauen die Haare flechten. Die Zahl der italienischen Frauen, die im Camp von Crack und anderen harten Drogen abhängig sind, hat im letzten Jahr zugenommen, und viele von ihnen sind in unterschiedlichem Maße von Ausbeutung und Gewalt betroffen. Neben der Nutzung des weiblichen Körpers als Ware und Profitquelle gibt es häufig das Phänomen der Vermischung von sexuellen Dienstleistungen und Drogen, bei dem Drogenhändler als 'Zuhälter' fungieren, die die süchtigen Frauen dazu zwingen, sexuelle Dienstleistungen für Dritte, auch außerhalb des Camps, zu erbringen.

Es ist nicht einfach, über das informelle Camp bei Campobello di Mazara zu sprechen, ohne Gefahr zu laufen, ein einseitiges Bild zu vermitteln und Stereotype zu verstärken, die in Bezug auf diese Art von Camps und die Menschen, die darin leben, bereits tief verwurzelt sind. Dennoch ist es notwendig, darüber zu berichten, da man versuchen muss, diese vielschichtige Realität in ihrer Gesamtheit zu betrachten, um den Kontext sowohl auf der Mikro- als auch der Makroebene wirklich zu verstehen. Das Camp von Campobello war ein Ort der Verwahrlosung mit einer Dynamik, die nur schwer zu verstehen ist, und es war nicht das einzige in Italien: Die informellen Camps, die über die ländlichen Gebiete des Südens – und darüber hinaus – verstreut sind, sind die Konsequenz eines Systems, das Menschen, die aus beruflicher und rechtlicher Sicht ohnehin schon marginalisiert sind, noch unsichtbarer macht. Das Camp ist eine Art schwarzes Loch, das Menschen verschluckt, die systematischen Kriminalisierungs- und Marginalisierungsprozessen ausgesetzt sind, wodurch sie noch mehr aus dem Sichtfeld der Öffentlichkeit geraten. Die notwendige Unterstützung besteht nicht nur aus Zuhören und Mitgefühl, sondern auch aus der Fähigkeit, den übergeordneten Kontext, die Verbindung zwischen dem Lokalen und dem Globalen und die dahinterliegende Machtdynamik zu verstehen.

Bild: ©Giulia Gianguzza | Zeltlager im informellen Camp von Campobello di Mazara

Die besagten Orte der sozialen Isolation müssen nicht nur in ihrer Komplexität verstanden, sondern auch mit Feingefühl und Stärke zugleich betrachtet werden, um zu verstehen, warum Menschen dort landen, was das Leben dort mit sich bringt, warum es so schwierig ist, dort wieder herauszukommen, um neue Wege und Wohnlösungen zu finden und vor allem um denjenigen, die dort weiterleben wollen, mit Respekt zu begegnen.

Ein Nachdenken über den Charakter der informellen Camps führt zu der Feststellung, dass diese Nicht-Orte in Wirklichkeit die Grenzen des Systems aufzeigen, dass sie keine Notlage darstellen und auch nicht als eine solche zu behandeln sind. Die Camps sind insofern stabil, als sie nicht nur mit dem System von Arbeitsangebot und -nachfrage verbunden sind, sondern mit einer systemischen Schieflage. Dies wiederum trägt zur Zersplitterung der Arbeit im Landwirtschaftssektor und den ohnehin schon prekären Verhältnissen der Lohnarbeitenden bei. Und wir wissen, wie sehr sich seit dem Bossi-Fini Gesetz[5] die Berufstätigkeit und die Art des Arbeitsvertrags auf den Rechtsstatus und damit auf die Lebensbedingungen der Arbeitnehmenden ausländischer Herkunft auswirken. Die Ineffektivität von politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbeutung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft ist auch

4 SAI steht für Sistema di Accoglienza e Integrazione (System zur Aufnahme und Integration), und bezeichnet Aufnahmestrukturen für Migrant*innen und Geflüchtete, in denen neben der Unterbringung auch Verpflegung, medizinische Versorgung, Bildungsangebote und weitere Dienstleistungen angeboten werden. Obwohl die Aufnahme in diesen Zentren die Regel darstellen sollte, werden die meisten Personen in den weitaus schlechter ausgestatteten CAS – Centri di Accoglienza Straordinaria (Zentren für die außerordentliche Aufnahme) untergebracht, wo ihnen grundlegende Standards verwehrt werden.

5 Das Gesetz Nr. 189 vom 30. Juli 2002, besser bekannt als Bossi-Fini-Gesetz, ist ein Gesetz der Italienischen Republik zur Regelung der Einwanderung, benannt nach seinen Erstunterzeichnern Gianfranco Fini und Umberto Bossi von der Regierung Berlusconi II.

darauf zurückzuführen, dass entsprechende Initiativen häufig nur auf die Bekämpfung des ‘caporalato’ abzielen. Es gibt keine Gesamtvision des landwirtschaftlichen Produktionssystems und Genderperspektiven werden nicht berücksichtigt, oder es fehlt einfach der politische Wille dazu. Diese Überlegungen führen zu der Feststellung, dass es falsch ist, ausschließlich von ‘caporalato’ zu sprechen, und dass Ausbeutung ein inhärenter Teil des Systems ist.

Die einzig sinnvolle Antwort besteht nicht in einem einseitigen Vorgehen, sondern in einem vielschichtigen Ansatz, der die Komplexität des Kontextes in seiner ganzen Breite berücksichtigt und langfristige Maßnahmen zur Sensibilisierung und Schulung vor allem der Institutionen, wie der territorialen Asylkommissionen vorsieht. Außerdem müssen Strategien zur Änderung der Arbeitspolitik, zur Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Diskriminierung und die stärkere Aktivierung landwirtschaftlicher Netzwerke umgesetzt werden.

Was die Räumung betrifft, so wurden die Betroffenen, die keine Aufenthaltsgenehmigung besitzen, im Morgengrauen des 24. Mai 2023 zur Polizeiwache von Castelvetrano gebracht, wo sie sich ausweisen mussten, und einige, genauer gesagt drei von ihnen, wurden zur Polizeiwache von Trapani gebracht. Denjenigen mit Aufenthaltsgenehmigung wurde hingegen angeboten, in den nahe gelegenen Stadtteil Fontane d'Oro umzuziehen, wo sich, wie bereits erwähnt, die vom Roten Kreuz verwaltete ‘offizielle’ Einrichtung befindet. Die kleinen Häuser der ehemaligen Zementfabrik, die notdürftig errichteten Baracken, wurden abgerissen, wie es schon in der Vergangenheit in der ersten informellen Siedlung von ‘Erbe Bianche’ geschehen war.

Die Räumung des Camps wurde von den Behörden als ein Zeichen der Stärke, als ein Mittel "zur Bekämpfung der Illegalität und des Verfalls", ja sogar als "Zeugnis des Engagements der Institutionen" bezeichnet, so die Worte von Innenminister Piantedosi, die vom Bürgermeister von Campobello di Mazara aufgegriffen und weitergetragen wurden. Der Minister weiß sehr wohl, dass es sich dabei um Aktionen handelt, die einzig und allein dazu dienen, das Handeln der Regierung in Szene zu setzen und die Versäumnisse aus der Vergangenheit zu verbergen. Die Räumung behebt nicht die Ursachen, die zur Bildung solcher informellen Camps führen, sondern führt in Wirklichkeit zu einer weiteren Marginalisierung all jener Menschen, die, anstatt vertrieben zu werden, dabei unterstützt werden sollten, Alternativen zu diesem menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitszustand zu finden. Der Bürgermeister scheint in seiner Äußerung zu ignorieren, dass er über lange Zeit den Wunsch geäußert hat, die Zustände im Camp mit Strategien zu überwinden, die keine gewaltsame Unterdrückung vorsehen. Seine Zustimmung lässt vermuten, er wolle sich auf diese Weise aus der öffentlichen Kontroverse herauswinden, in die er und sein Gemeinderat nach der Verhaftung von Matteo Messina Denaro gestürzt sind. Wie kann er behaupten, dass der Staat mit dieser Räumung "wieder einmal gezeigt hat, dass er präsent ist", wenn die Einwohner*innen kleiner Gemeinden in Süditalien und insbesondere in Sizilien täglich mit sehr ernsten Problemen konfrontiert sind, die angesichts fehlender Versorgung und Perspektiven zu einer anhaltenden, starken Abwanderung führen?

Die Stimmungsmache des Innenminister und des Bürgermeisters kollidiert mit der Realität, und es ist traurig, dass sie auf Kosten eines Teils der Bevölkerung ausgetragen wird, der bereits von einer Diskriminierung betroffen ist. Doch die Betroffenen werden mit ihrem Widerstand und ihren Bedürfnissen auch weiterhin trotz Vertreibung, Unsichtbarkeit und Ghettoisierung da sein.

Die Autorin dieses Artikels ist Sozialarbeiterin und Beraterin im Verein Arci Porco Rosso in Palermo, der eine Anlaufstelle zur sozio-legalen Beratung für undokumentierte Geflüchtete betreibt. Die Arbeit wird seit Jahren dank des Engagements seiner Aktivist*innen aufrechterhalten – darunter Sozialarbeiter*innen, Anwält*innen und Mediator*innen –, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte, für die Bewegungsfreiheit und gegen alle Formen von Rassismus und Diskriminierung einsetzen. Parallel dazu gibt es auch eine Art Mobilen Helpdesk, mit dem das Team einige Camps im Westen Siziliens zur Erntezeit und darüber hinaus aufsucht. Ziel ist es, den in der Landwirtschaft Beschäftigten oder den indirekt in den informellen Arbeitsmarkt eingebundenen Personen die dringend benötigte soziale Unterstützung vor Ort zukommen zu lassen. Ein weiteres Ziel ist es, innerhalb des Unterstützungsnetzwerks eine Debatte über das Wesen der Camps im ländlichen Süden des Landes anzustoßen, über die Gründe, warum Menschen sich entscheiden oder gezwungen sind, dort zu leben, was das Leben in einem Camp mit sich bringt und warum es so schwierig ist, aus ihm herauszukommen.

RECHTLOSIGKEIT AN ITALIENS NORDGRENZEN

Beatrice Berghi

Bild: ©Josephine Fahr | Protest Camp in Ventimiglia

Ich habe den Eindruck, dass die Migrationsreise vieler Menschen, die an den norditalienischen Grenzen ankommen (aber sicher nicht nur dort), von teils bewusst getroffenen, teils erzwungenen Entscheidungen abhängt. Zum einen ist da die sehr persönliche Entscheidung, das Land, in dem man alle geliebten Menschen hat, zu verlassen, zum anderen sind sie den Entscheidungen der nationalen Regierungen und der EU ausgesetzt, die oftmals gegen ihre Rechte verstoßen.

Die Menschen erreichen Italien entweder über die Balkanroute oder über das Mittelmeer. Teile der Balkanroute werden zu Fuß zurückgelegt und für diejenigen, die an den Außengrenzen der EU festsitzen, geht es vor allem darum zu überleben und das „Spiel“ zu gewinnen[1] (hierbei sind Fluchthelfer für Menschen, die es sich leisten können, diese zu bezahlen, sehr wichtig). Die Türkei dient oft als Tor nach Europa, dann geht es nach Griechenland oder Bulgarien und über verschiedene Routen nach Triest, der Haupteinreisestadt in Norditalien. In Italien angekommen, stehen die Menschen vor der Entscheidung, ob sie bleiben und Asyl beantragen oder ihre Reise fortsetzen wollen. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft veranlasst die meisten Menschen zur Weiterreise. Da der Grenzübertritt nach Österreich oder in die Schweiz sehr schwierig ist wählen viele Menschen den Weg über Ventimiglia und das Susa-Tal nach Frankreich. Auch zahlreiche Menschen, die die Mittelmeerroute genommen haben, kommen hier an. Die Wahl zwischen den beiden Orten hängt von den Informationen derjenigen ab, die den Grenzübertritt erfolgreich hinter sich gebracht haben. Das in den Bergen gelegene Montgenèvre im Piemont ist im Winter schwieriger zu durchqueren, in der Grenzregion an der Küste befinden sich jedoch z.B. keine Aufnahmeeinrichtungen. Außerdem ist in Ventimiglia, der Stadt an der Mittelmeerküste, die Wahrscheinlichkeit größer, aufgehalten und zurück nach Italien geschoben zu werden, da es sich um ein viel stärker kontrolliertes Gebiet handelt.

Es folgt ein kurzer Blick auf die norditalienischen Grenzregionen Triest, Susa-Tal (Oulx) und Ventimiglia, der uns zeigt, dass viele Migrationsentscheidungen eher erzwungen als gewählt sind.

Die Italienisch-slowenische Grenze: Triest

Um mehr über diese Grenzstadt zu Slowenien zu erfahren, habe ich ein Interview mit Gian Andrea Franchi geführt, der zusammen mit Lorena Fornasir den Verein Linea d'Ombra (Schattenlinie) gegründet hat. Diese freiwillige Vereinigung entstand 2019 in Triest, um sich um all jene Transitreisenden zu kümmern, die – seit 2014/15 von der Balkanroute kommend – die Stadt passieren und nicht vorhaben, in Italien zu bleiben. Das stellt jedoch einen Verstoß gegen die Dublin-Abkommen dar.[2] Diese Menschen, die sich oft in schwieriger psychophysischer Verfassung befinden, wurden zuvor sowohl von den Institutionen als auch von den Bürger*innen ignoriert. Aus diesem Grund beschlossen Gian Andrea und Lorena, auf die Straße zu gehen, um sich dieser Menschen und ihrer Grundbedürfnisse anzunehmen und sie mit Essen, Schuhen und Kleidung zu versorgen. So entstand eine kleine Gruppe von Freiwilligen, die an der "Schattenlinie" arbeiten, an einem Platz, an dem sich der Staat weigert, tätig zu werden. Die Aktivist*innen sind täglich auf dem Bahnhofsvorplatz von Triest (Piazza Libertà) präsent, bieten Hilfe an und unterstützen die *people on the move*, ihre Reise fortzusetzen. Der Auftrag von Linea d'Ombra richtet sich also an diejenigen, die nicht in Italien bleiben wollen. Im vergangenen Jahr kamen etwa 12.800 Menschen auf der Durchreise nach Triest. 70 % sind in andere europäische Länder weitergereist. Auch in Anbetracht der zahlreichen Mängel des italienischen Aufnahmesystems entschließen sich Menschen oft weiterzuziehen, auch dann, wenn sie zuvor in Italien einen Asylantrag gestellt haben.

Unzureichenden Kapazität der Erstaufnahmeeinrichtungen führten gerade in den Sommermonaten 2022 dazu, dass viele Menschen, die auf eine Entscheidung ihres Asylantrags warteten, gezwungen waren, auf der Straße zu schlafen. Viele wandten sich schließlich an Linea d' Ombra, um Nahrung, Kleidung und Hilfe zu erhalten.

Der Bahnhofsplatz wird von Menschen aus dem gesamten Nahen Osten aufgesucht: sie kommen aus Afghanistan, Pakistan, aber auch aus Indien, Bangladesch und Nepal. In der Regel handelt es sich um junge Männer, die oft schon im Alter von 14 oder 15 Jahren aus ihren Ländern geflohen sind. Die Familien folgen zwar meist anderen Routen, aber einige von ihnen kommen auch in Kontakt mit Linea d'Ombra. Es sind oft kurdische Familien mit Kindern aus der Türkei, die spät abends auf dem Platz ankommen und am nächsten Morgen mit den ersten Zügen weiterreisen. Diese Familien müssen, wie die meisten anderen Menschen auch, oft im Freien schlafen, da der Verein keine Unterkunft zur Verfügung stellen kann. "Manchmal nehmen diese Familien nicht einmal zu uns Kontakt auf, weil man ihnen wahrscheinlich gesagt hat, dass sie mit niemandem sprechen sollen, oder weil sie uns nicht vertrauen", erzählt mir Gian Andrea.

Bis zum letzten Jahr betrafen die wichtigsten alltäglichen Probleme der Transitreisenden in Triest gesundheitliche Fragen: kleine infizierte Wunden (vor allem an den Füßen), Wunden durch Polizeigewalt und Stürze, Hunger (da es immer wieder vorkommt, dass Transitreisende auf der Balkanroute tagelang nichts oder nur unzureichend essen) und Magenprobleme. Aber auch abgenutzte Kleidung und Schuhe aufgrund des karstigen Geländes und der langen Gehzeiten sind ein Thema. Allerdings konnte Linea d‘Ombra in letzter Zeit eine Verbesserung des körperlichen Zustands feststellen, was wahrscheinlich an der verstärkten Nutzung von Transportmitteln liegt. Entlang der Balkanroute sind Polizeibrutalität und Pushbacks[3] (insbesondere in Kroatien, Bulgarien und Rumänien) bis heute an der Tagesordnung, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. In den vergangenen Jahren gab es eine Phase unvorstellbarer Gewalt durch die kroatische Polizei. Linea d'Ombra hat die Folgen dieser folterähnlichen Praktiken miterlebt: es gab nicht nur Wunden durch Schläge, sondern auch durch Elektroschocks. Gian Andrea erzählte mir von einem extremen Beispiel einer Person, der sie bei ihrer Ankunft vor dreieinhalb Jahren geholfen hatten: Der Betroffene leidet noch immer an einer Wunde am Bein, die ihm zuvor von der kroatischen Polizei mit Elektroschocks zugefügt worden war. Er befindet sich jetzt im örtlichen Krankenhaus, wo die Ärzte versuchen zu verstehen, woran er leidet, nachdem seine Haut in Fetzen gerissen wurde. Dies ist nur ein Beispiel für viele der zahlreichen Pushback-Geschichten, die bis letztes Jahr eine sehr gewalttätige Phase hatten.

In letzter Zeit, vielleicht ist dies auch dem Beitritt Kroatiens zum Schengener Abkommen geschuldet, hat sich die Brutalität der Pushbacks gelockert, was den Aufbau einer Caritas-Hilfsaktion in Sussak (Kroatien) ermöglichte. Linea d'Ombra kann jedoch weiterhin viele Formen von Pushbacks – gewalttätige wie nicht so gewalttätige – bezeugen.

Nachdem die von den italienischen Behörden durchgeführten so genannten informellen Pushbacks[4] vom Gerichtshof in Rom als rechtswidrig verurteilt worden waren, wurden sie im Januar 2021 ausgesetzt. Im Dezember 2022 erörterte der Staatssekretär für Inneres jedoch mit dem Präsidenten der Region Friaul-Julisch Venetien die Möglichkeit, sie wieder aufzunehmen. In einem Artikel der Zeitschrift Altrəcomomia[5] wurde analysiert, wie Ljubljana sich ab diesem Zeitpunkt weigerte, alle italienischen Rückübernahmeersuchen anzunehmen, und wie infolgedessen die Zahl der Ausweisungsanordnungen zunahm: mehr als 650 in wenigen Monaten (davon 500 afghanische Staatsbürger*innen, die faktisch nicht ausweisbar sind).

"Dies wirft ein düsteres Bild auf die italienische Politik, denn je nach der aktuellen politischen Lage werden Migrant*innen, die sich in der gleichen Rechtslage befinden, unterschiedlich behandelt: Ein und der*dieselbe afghanische Staatsbürger*in kann einen Asylantrag stellen oder Gegenstand einer unrechtmäßigen Abschiebung nach Slowenien werden oder von den italienischen Behörden aus der EU ausgewiesen werden, auch wenn er*sie faktisch nicht ausgewiesen werden kann",

heißt es in dem Artikel von Altrəcomomia.

Meine letzte Frage an Gian Andrea betraf die Haltung der Stadt Triest gegenüber ihrer Organisation und den Menschen auf der Flucht selbst. Die Antwort war bitter, denn mir wurde gesagt, dass sich die Bürger*innen gleichgültig verhalten, und dass sich die Stadtverwaltung sogar feindselig zeigt. Letztes Jahr drohte der Bürgermeister in einem Interview mit einer lokalen Zeitung sogar mit der Schließung des Platzes. Diese Äußerung hat zu der Befürchtung der Präfektur geführt, dass es zu Spannungen in der Bevölkerung kommen könnte. Daraufhin wurde Linea d'Ombra vorgeschlagen, den Platz schrittweise zu verlassen und im Gegenzug wurden Möglichkeiten der Unterstützung für Menschen auf der Flucht angeboten. Doch der Verein weigerte sich letztendlich, den Platz zu verlassen, die Präfektur ließ dies stillschweigend geschehen. Linea d‘Ombra konnte zudem eine Verbesserung der Situation aushandeln: den Zugang zu einer Tageseinrichtung zur Unterstützung der grundlegenden Bedürfnisse (auch wenn diese für die Menge der Menschen nicht ausreicht) und eine Essensversorgung bei der Caritas (auch wenn diese weit vom Bahnhof entfernt und für die Migrant*innen schwer zu erreichen ist, da sie oft nicht einmal in die örtlichen Busse einsteigen dürfen). Die derzeitige Situation ist also das Ergebnis eines Kompromisses mit der Präfektur. Obwohl die Zahl der Neuankömmlinge schwankt[6], ist der Platz immer noch der Ort, an dem sich die meisten Geflüchteten auf der Durchreise durch Triest versammeln.

Von Triest aus ziehen die meisten Menschen nicht in die Küstenstadt Ventimiglia, sondern in die Region Piemont und von dort ins Susa-Tal weiter. Eine andere Route ist die durch die Schweiz, die vor allem Menschen aus Afghanistan nutzen, die dann jedoch von der Polizei

1 Das “Spiel” ist der Begriff, mit dem viele Geflüchtete ihre Versuche beschreiben, über die Balkanroute nach Westeuropa zu gelangen.

2 Verordnung zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist. Das bedeutet, Geflüchtete müssen in dem Land ihren Asylantrag stellen, welches sie als Erstes in der EU betreten. Die Menschen müssten also in Italien bleiben, wenn sie nach dem Grenzübertritt registriert wurden

3 Es handelt sich um Praktiken von Behörden gegenüber Migrant*innen, die versuchen, in einen Staat einzureisen, ohne zuvor eine Genehmigung erhalten zu haben. Das Recht der Staaten, Personen ohne Einreiseerlaubnis die Einreise zu verweigern, wird dadurch eingeschränkt, dass die Mitgliedstaaten der EU verpflichtet sind, die Menschenrechte der ihrer Rechtsprechung unterliegenden Personen zu garantieren und die Einhaltung des Asylrechts nach internationalem Recht zu gewährleisten. Darüber hinaus betreffen Pushbacks, also Zurückweisungen an der Grenze, oft eine Gruppe von Menschen, und dies wird ohne rechtliche Verfahren und ohne Prüfung jedes einzelnen Falls als "kollektive Ausweisung" definiert und ist nach internationalem Recht verboten.

4 Unerlaubte (oft kollektive) Abschiebungen von Migrant*innen aus Italien nach Slowenien basieren auf der Grundlage eines Abkommens zwischen Italien und Slowenien aus dem Jahr 1996, das nie vom italienischen Parlament ratifiziert wurde.

5 https://altreconomia.it/respingimenti-alla-frontiera-con-la-slovenia-i-dati-che-smontano-gli-annunci-del-governo/

6 In diesem Winter zum Beispiel waren es mehr Menschen als im letzten Jahr; zeitweise waren es nur wenige, doch dann kamen wieder 40 – 70 Menschen pro Tag.

aufgehalten werden. Die Behörden stellen ihnen Ausweisungsbescheide aus, mit denen sie die Schweiz in Richtung Frankreich verlassen. Viele nutzen auch die Gelegenheit, nach Deutschland und andere Länder weiterzureisen.

An der italienisch-französischen Grenze: Die nordwestlichen Alpen

Das Susa-Tal in der Region Piemont ist eine Ausreisegrenze für Menschen, die über Triest oder das zentrale Mittelmeer nach Italien kommen: Im Jahr 2021 versuchten bis zu 10.000 Menschen, diese Grenze zu überqueren.
Für ein Interview mit Elda Goci, der Koordinatorin des Projekts "Frontiera solidale" (solidarische Grenze) von MEDU (Medic per i diritti umani, dt. Ärzte für Menschenrechte), die im Rahmen der Unterkunft Fraternità Massi in Oulx ein Sozial- und Gesundheitsprojekt betreibt, habe ich mich auf dieses Gebiet konzentriert. Oulx ist eine kleine Stadt im Susa-Tal, in der mehrere Organisationen tätig sind: MEDU – das zusammen mit Rainbow for Africa die medizinische Versorgung sicherstellt, Talità Kum – die Einrichtung, die die Unterkunft verwaltet, das Rote Kreuz – das häufig damit beauftragt ist, die an der Grenze zurückgewiesenen Personen in die Unterkunft zu bringen, und mehrere Solidaritätsgruppen, die sich aus Freiwilligen zusammensetzen. Die Unterkunft ist ein Ort der Gastfreundschaft, an dem die Menschen eine Nacht lang ausruhen können und Unterstützung erhalten, bevor sie weiterziehen. Elda erzählte mir, dass zwischen Januar und Februar 2023 im Durchschnitt 20 Personen pro Tag aufgenommen wurden, während von Anfang März bis Anfang Mai 2023 täglich zwischen 35 und 40 Personen in der Unterkunft ankommen.

Bis Januar 2023 kamen überwiegend erwachsene afghanische und iranische Männer, aber auch viele Marokkaner fanden in der Unterkunft Zuflucht. Alle ihre Gäste waren zuvor über die Balkanroute eingereist. Seit Februar 2023 kommen nur noch sehr wenige Afghan*innen und Iraner*innen in Oulx an. Stattdessen sind in Italien vermehrt Menschen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara wie Guinea, Elfenbeinküste und Kamerun über See angekommen. Nur die Ankünfte von Marokkaner*innen, die über die Balkanroute kommen, da sie ohne Visum in die Türkei einreisen können, bleiben konstant. Bei den meisten handelte es sich um alleinstehende erwachsene Männer, aber nun kommen auch viele Frauen an, insbesondere von der Elfenbeinküste und aus Kamerun. Sobald die Menschen Italien erreicht haben, sei es in Triest, Lampedusa oder Crotone, kommen sie selbstständig durch Mundpropaganda nach Oulx: Die Person, die es von einem bestimmten Punkt aus über die Grenze geschafft hat, informiert die Ankommenden, und so folgen viele andere ihrer Spur.

"Die Menschen haben die unterschiedlichsten Verletzungen: Benzinverbrennungen von den Booten, Menschen, die auf der Balkanroute verprügelt wurden, Füße in erbärmlichem Zustand und ähnliches",

erzählt mir Elda. Außerdem bleiben die Menschen aufgrund der bergigen Umgebung des Tals oft im tiefen Schnee stecken, was dazu führt, dass sie sich nicht mehr fortbewegen können oder sich beim Gehen auf schwierigen Bergpfaden Wunden an Füßen und Beinen zuziehen. Je nach Situation besucht Federica (MEDU) die Menschen. Diejenigen, die weiterbehandelt werden müssen, werden an die Dienste in der Umgebung verwiesen und dazu ermutigt, sich an das Logistikzentrum des Roten Kreuzes zu wenden, damit sie dort medizinisch untersucht werden können. Dank der Waldenser Diakonie, die ebenfalls in der Unterkunft tätig ist, können die Menschen auch eine Rechtsberatung erhalten. Fast alle Menschen, die das zentrale Mittelmeer überquert haben, sind bereits bei der Ankunft identifiziert worden, während dies bei denjenigen, die über die Balkanroute ankommen, nicht unbedingt der Fall ist. Das macht die Beantragung von Asyl im Piemont oft noch schwieriger. Elda beschreibt die Situation im Turiner Polizeipräsidium als tragisch:

Migrant*innen müssen Tage, Wochen und manchmal Monate lang Schlange stehen, um einen Termin für die Verbalisierung ihres Asylgesuchs zu erhalten. Während dieser Wartezeit werden die Menschen nicht in offiziellen Aufnahmezentren aufgenommen und laufen daher Gefahr, obdachlos auf der Straße zu landen.

Einige der schwerwiegendsten Probleme dieser wie auch anderer Grenzrealitäten betreffen die Militarisierung der Grenze. Aufgrund der massiven Präsenz der französischen Grenzpolizei versuchen die Menschen, neue Wege über die Grenze zu finden. Dies kann sehr gefährlich sein, auch weil es sich oft um Menschen handelt, die mit dem bergigen Gelände nicht vertraut sind und in der Regel nicht ausreichend für diese Art von Reisen ausgerüstet sind.
Im Januar 2022 kam es in den Alpen zu zwei tödlichen Zwischenfällen: der 32-jährige Fathallah Blafhail ertrank im Freney-Stausee und der gerade einmal 15-jährige Ullah Rezwan Sheyzad starb auf den Bahngleisen.

Die wahllosen Pushbacks sind nur die Konkretisierung dieser Militarisierung. Im MEDU-Bericht von Januar bis April 2022[7] heißt es: "Zurückweisungen erfolgen sowohl an der Grenze

Bild: ©Progetto 20K | Ventimiglia

von Montgenèvre, wo die Menschen die Grenze meist zu Fuß überqueren, als auch an der Grenze von Fréjus, wo sie mit dem Bus oder dem Zug ankommen. Von den Zurückweisungen in Fréjus, die zumeist in Flixbussen erfolgen, sind viele Personen betroffen, die glauben, für die Grenzüberquerung gültige Dokumente zu besitzen (...) Die überwiegende Mehrheit der Personen wird jedoch in Montgenèvre zurückgewiesen, nachdem sie stundenlang in den Bergen auf oft gefährlichen Wegen gelaufen sind". Das europäische Recht garantiert die Möglichkeit, unabhängig von der vorherigen Identifizierung in anderen europäischen Ländern Asyl zu beantragen. Erst danach ist die Anwendung des Dublin-Verfahrens zur Bestimmung des für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz zuständigen Mitgliedstaats vorgesehen. Dennoch verweigert Frankreich systematisch die Einreise, auch bei Asylsuchenden und unabhängig von deren Alter, Geschlecht oder Nationalität. Da die Visumspflicht nur für "Ausländer*innen über 18 Jahren, die sich länger als drei Monate in Frankreich aufhalten wollen" gilt, kann keiner von ihnen als ‚irregulär' betrachtet werden, so dass die französische Grenzpolizei verpflichtet wäre, ihnen Schutz zu gewähren. Im Falle einer Zurückweisung hält die Grenzpolizei die Personen in Containern fest, um sie zu überwachen und die notwendigen Kontrollen durchzuführen, bis sie nach Oulx gebracht werden. In Frankreich gibt es zwei Arten offizieller Orte für die Inhaftierung von Migrant*innen: so genannte Wartebereiche und Verwaltungsgewahrsam. Die Gewahrsamseinrichtungen in Montgenèvre oder Fréjus gehören nicht zu den oben genannten Typologien. Daher gibt es keine Rechtsgrundlage für die Inhaftierung von Migrant*innen und keine Garantie für die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte.

Im Jahr 2021 wurden als unmittelbare Folge einer sicherheitspolitischen Verwaltung der Migration drei informelle Unterkünfte geräumt. Ich fragte Elda nach dem Verhältnis zwischen den Einheimischen und den Unterkünften und ob sie jemals mit Kriminalisierung konfrontiert wurden. Sie erzählte mir, dass unmittelbar nach der Räumung eine weitere Unterkunft in Clavier (Yalla) entstanden ist, die zu einer Anlaufstelle für Menschen wurde, die nicht nur für ein oder zwei Nächte bleiben wollen. Sie berichtete außerdem, dass es einen engen Kontakt zwischen den Einwohner*innen von Oulx und den Menschen auf der Flucht gibt. Die Unterkunft ist in hohem Maße auf das regelmäßige Engagement von Freiwilligen angewiesen (mindestens zwei von ihnen sind täglich anwesend), und es gebe kein Klima der Feindseligkeit ihnen gegenüber. In der Tat gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Organisationen, die in Oulx tätig sind, und man hört nichts Schlechtes über diese Arbeit.

Die italienisch-französische Grenze: Ventimiglia

Ventimiglia ist die letzte italienische Küstenstadt vor der französischen Grenze, in der seit 2015 zahlreiche Menschen ankommen, die entweder über die Balkan- oder die Mittelmeerroute gekommen sind. Von Anfang an kam es zu einer Militarisierung der Grenze. Mit der Verschärfung der Kontrollen sowohl durch die italienische als auch durch die französische

7 https://mediciperidirittiumani.org/report-oulx/

Bild: ©Valentina Delli Gatti | Ventimiglia

Polizei saßen viele Menschen in Ventimiglia fest und warteten auf eine Möglichkeit, die Grenze endlich zu überqueren. Um auf dieses Problem zu reagieren, starteten viele Organisationen Projekte in der Stadt, darunter auch Caritas Intemelia. Sie bietet wichtige Dienstleistungen für Geflüchtete auf der Durchreise an, darunter eine Kantine, eine Kleiderkammer, eine medizinische Klinik (in Zusammenarbeit mit Ärzte der Welt) und eine sozialrechtliche Anlaufstelle (in Zusammenarbeit mit der Waldenserdiakonie und Wir Welt). Zudem gibt es eine Zusammenarbeit mit Save the Children, die einen Raum für Frauen, Kinder und unbegleitete Minderjährige zur Verfügung stellen sowie zwei Transitunterkünfte für schutzbedürftige Personen und Personen, die den Grenzübertritt planen. Die Einrichtung bietet Platz für bis zu 20 Personen.

Ich habe mit Serena Regazzoni, der Kontaktperson für den Bereich Einwanderung bei Caritas Intemelia, gesprochen, die mir mitteilte, dass seit Anfang des Jahres fast 2.800 Personen zu ihnen gekommen sind, etwa 40 % von ihnen waren sogenannte, Transitmigrant*innen‘. In diesem Jahr ist die Zahl der Personen, die Ventimiglia durchqueren, gestiegen, was mit der Zunahme der Ankünfte über See einhergeht. Die meisten dieser Personen (90 %) sind junge Männer zwischen 18 und 25 Jahren aus dem Sudan, Eritrea, Somalia, der Elfenbeinküste und Guinea. Die übrigen 10 % sind Menschen aus Afghanistan, Pakistan und Bangladesch, die über die Balkanroute kommen. Die meisten Menschen berichten, dass sie in einem Aufnahmezentrum (oft in CAS[8]) untergebracht wurden und von dort aus nach Frankreich weitergereist sind. Fast alle von ihnen wurden auf der Grundlage der Dublin-Verordnung aus Frankreich zurückgeschoben, darunter auch Minderjährige, die zuvor bei der Ankunft als Erwachsene identifiziert wurden. Ähnliches geschieht auch im Susa-Tal. Nach Angaben des Leiters von Ärzte ohne Grenzen[9] werden jeden Tag durchschnittlich 20 bis 25 Personen von Frankreich nach Italien zurückgeschoben.

"Vielleicht aufgrund der starken Militarisierung der Grenze zwischen Ventimiglia und Menton (der ersten französischen Stadt nach der Grenze) oder aufgrund der zahlreichen Binnengrenzen, die die Menschen bei ihrer Ankunft in Frankreich oder anderen europäischen Ländern überschreiten müssen, entscheiden sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren heute viele Menschen, die in Ventimiglia ankommen, dafür, dort zu bleiben und den Asylantrag auf der Polizeistation von Imperia zu stellen", heißt es in einem Artikel von Melting Pot Europa.[10]

Wenn Freiwillige und Aktivist*innen früher in diesen Randgebieten der Stadt hauptsächlich Transitmigrant*innen antrafen, so sind es heute also mehr Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben. Viele der von Frankreich zurückgeschobenen Geflüchteten verlassen die Stadt jedoch inzwischen schnell. In Ventimiglia wie auch in Triest gibt es einen gravierenden Mangel an Aufnahmeeinrichtungen, was oft dazu führt, dass sie obdachlos unter erniedrigenden Bedingungen leben müssen. Es ist klar, dass nicht nur Italien für diese strukturelle Gewalt verantwortlich ist, sondern dass es sich um ein breiteres System handelt, das mit Europa und der Dublin-Verordnung zusammenhängt. Diese ist laut dem oben genannten Artikel ein System,

”das von einem rassistischen Gedankengut erzeugt wird, welches Migrant*innen verwalten will, indem es sie als zu unterdrückende und zu neutralisierende Subjekte identifiziert. Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmung werden verweigert. Dublin zwingt Menschen dazu, lange Zeit unter unmenschlichen Bedingungen in Ländern zu warten, in denen sie nicht bleiben wollen, um (vielleicht) ein Dokument zu erhalten, das ihnen erlaubt, in Europa zu bleiben, doch oft prekär und ohne die Garantie, sich in Zukunft frei bewegen und als europäische*r Bürger*in leben zu können".

Abschließend möchte ich feststellen, dass die norditalienischen Grenzen, wie alle anderen Grenzen auch, Orte sind, an denen *people on the move* ihrer Freiheit und ihres Selbstbestimmungsrechts beraubt werden. Die Grenzen sind feindselige und unmenschliche Gebiete, in denen sowohl die Mängel des Aufnahmesystems als auch die Möglichkeit, sich frei zu bewegen ebenso brutal zutage treten wie das mangelhafte Asylsystem. Doch etwas Positives bleibt: die Solidarität und der Aktivismus von unterstützenden Menschen und der energische Widerstand derer, die sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben ständig auf der Flucht befinden.

8 Centri di Accoglienza Straordinaria, d.h. außerordentliche Aufnahmezentren, werden eingerichtet, wenn die Plätze im Erst- und im Zweitaufnahmesystem erschöpft sind, und sollten Asylsuchende so lange aufnehmen, bis sie in die Zweitaufnahmeeinrichtung überstellt werden. Dies ist jedoch oft nicht der Fall.

9 https://www.infomigrants.net/en/post/48774/france-sending-unaccompanied-minors-back-to-italy-msf

10 https://www.meltingpot.org/2022/11/ventimiglia-dove-la-violenza-del-confine-e-strutturale/

IMPRESSUM

Autorinnen in alphabetischer Reihenfolge
Theresa Becker
Beatrice Berghi
Kristina Di Bella
Marah Frech
Giulia Gianguzza
Judith Gleitze
Sarah Spasiano

Übersetzungen aus dem Englischen und Italienischen
Kristina Di Bella
Judith Gleitze

Redaktionelle Mitarbeit
Kristina Di Bella
Judith Gleitze

Layout
Rahel Brochhagen

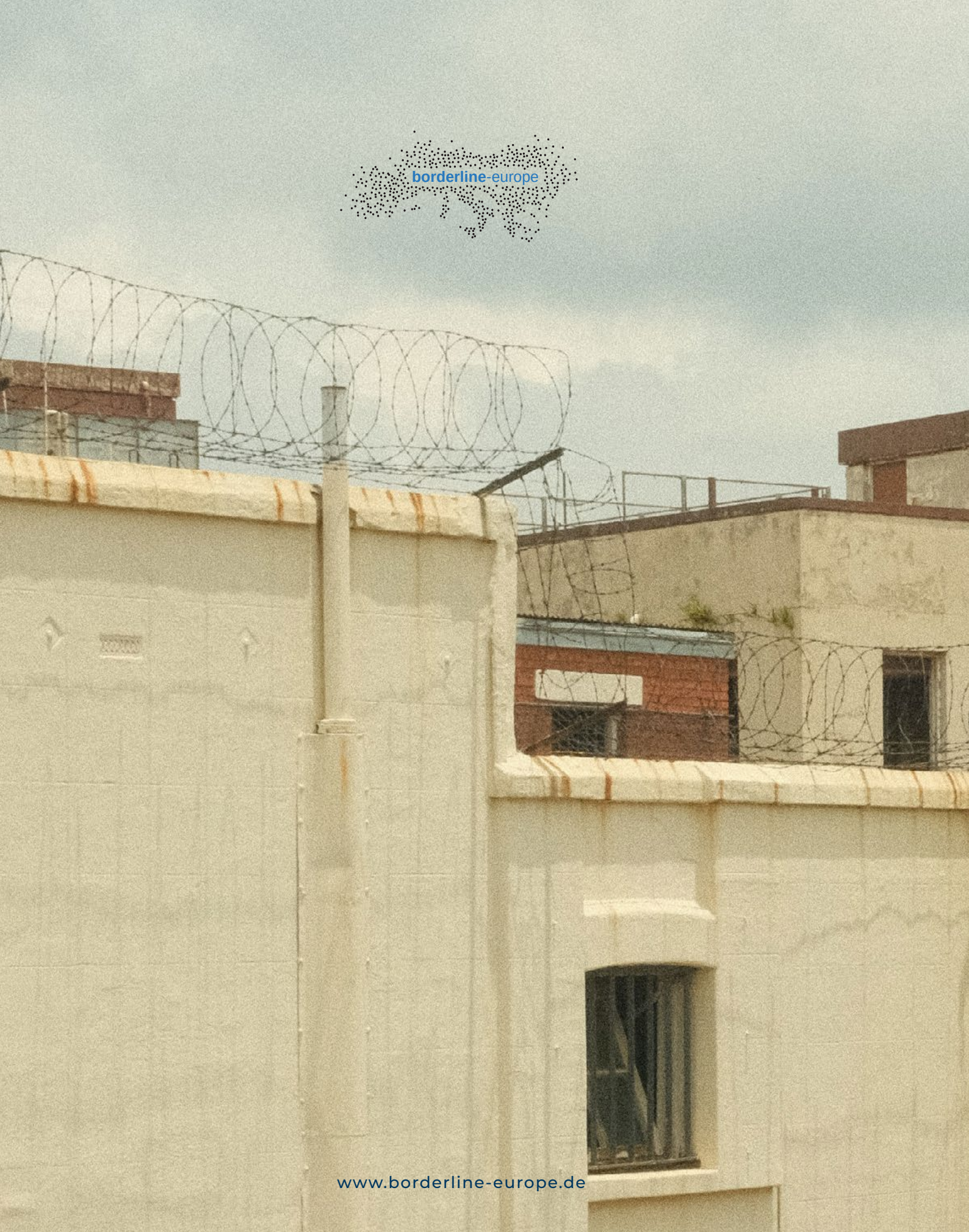
Herausgeber
© borderline-europe, Menschenrechte ohne Grenzen e.V., Außenstelle Italien Juli 2023

Kontakt
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
https://www.borderline-europe.de/
italia@borderline-europe.de

Das Streiflicht erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und des Fördervereins Pro Asyl.
Juli 2023

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

EVANGELISCHE KIRCHE IM RHEINLAND


borderline-europe
www.borderline-europe.de